

Hefte aus Burgscheidungen

Dietmar Czok

Nußen und Haushalten

Christliche Demokraten für Landeskultur
und Umweltschutz



253/254

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Dietmar Czok

Nutzen und Haushalten

Christliche Demokraten für Landeskultur
und Umweltschutz

1988

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

ISSN 0440-5862
ISBN 3-372-00157-5

1. Auflage · Heft 253/254 · 1988
Ag-Nr. 224/104/88
702 629-1
00100

Dr.-Ing. Dietmar Czok ist Mitglied des Präsidiums und Sekretär des Hauptvorstandes der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands; er war jahrzehntelang in der Industrie und im Staatsapparat leitend mit Umweltfragen befaßt.

Umweltschutz und Umweltschäden bewegen heute viele Menschen. Das ist verständlich, denn Beeinträchtigungen der Umwelt werden immer spürbarer. Oft sind sie nicht mehr örtlich begrenzt, sondern ihre Wirkungen reichen weit über Ländergrenzen hinaus. Umweltschutz ist in vielerlei Hinsicht zu einem globalen Problem geworden.

Auch in der DDR gibt es Umweltprobleme. Sie machen um ein Industrieland mitten in Europa keinen Bogen. Manche sind historisch überkommen, andere selbst verursacht, und wieder andere haben ihre Wurzeln außerhalb der Grenzen. Allen aber muß begegnet werden, und so setzen der Staat und die sozialistische Gesellschaft ihre politischen, ökonomischen, wissenschaftlichen und technischen Mittel immer zielstrebig für den Umweltschutz ein. Dieses Bemühen bringt wachsenden Erfolg und trägt dem Verfassungsauftrag Rechnung, die natürlichen Ressourcen verantwortungsvoll zu nutzen und der heutigen wie den künftigen Generationen eine gesunde, lebenswerte Umwelt zu erhalten.

Seit den Anfängen der DDR gestaltet und verantwortet die CDU diese Politik mit und wird das auch in Zukunft tun. Die gleiche Verantwortlichkeit bezieht sich auf die Feststellung, daß niemand in der DDR trotz aller Fortschritte mit dem Erreichten schon zufrieden sein kann. Es sind noch viele Umweltaufgaben zu lösen, und es gibt darüber hinaus manches, was bereits mit den heutigen Mitteln und Möglichkeiten besser gelöst sein könnte. Dennoch ist die Umweltverbesserung in unserem Lande schon ein Stück vorangekommen. Es gibt ein klares Konzept, eine langfristige Strategie und eine immer leistungsfähigere Volkswirtschaft, die die Überzeugung festigen, daß die sozialistische Gesellschaft diese Aufgaben Schritt um Schritt meistern wird.

Für christliche Demokraten bleibt diese positive Zukunftssicht Grundlage der politischen Arbeit im Umweltschutz. Aus ihr erkennen wir noch ungelöste Probleme als Herausforderung an unsere schöpferische Arbeit, und mit ihr wollen wir denen helfen, die lediglich das sehen wollen, was auch noch unsere Sorge ist.

Unsere grundsätzliche Position umschrieb der Vorsitzende der CDU, Gerald Götting, auf dem 16. Parteitag mit den Worten: „Als gute Haushalter wollen wir uns in unserem Verhalten zur natürlichen Umwelt erweisen. Nach christlichem Verständnis soll der Mensch nicht nur Beherrscher, sondern auch Beschützer der Natur sein. Wir sind uns der Tragweite der Aufgaben bewußt, die heute damit verbunden sind. Umweltbeeinträchtigungen überschreiten Ländergrenzen, und Umweltschutz ist in vielerlei Hinsicht zu einer globalen Aufgabe ge-

worden... Planvoller Schutz der Natur, wie ihn der Sozialismus ermöglicht, ist deshalb ein Erfordernis humanistischer Verantwortung...“

Das ist die aktuellste Aussage der CDU zum Umweltschutz in einer langen Reihe umweltpolitischer Aktivitäten, die zu einem Zeitpunkt begannen, als Umweltschutz längst nicht in aller Munde war. Schon in der EntschlieÙung des 5. Parteitages im Jahre 1950 heiÙt es dazu: „Die Wiederherstellung und die Pflege des Waldes nach forstwirtschaftlichen Grundsätzen muÙ weiter gefördert und insbesondere die Wiederaufforstung der Kahlfächen planmäÙig und schnellstens durchgeführt werden... Der Schutz unserer Kulturlandschaft durch planmäÙige, zentral gesteuerte Landespflege muÙ als eine Aufgabe von grundsätzlicher Bedeutung in vorderster Reihe der Wirtschaftsplanung gestellt werden. Die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit ist die erste Voraussetzung alles bäuerlichen Schaffens!...“

Immer wieder hat sich die CDU mit Umweltfragen beschäftigt. Infolge der Kompliziertheit vieler Zusammenhänge bestand zugleich immer die Aufgabe, durch Überzeugungsarbeit zu mehr Wissen und zu sicherer Urteilsfähigkeit auf diesem Gebiet beizutragen, denn stets sollte ein sachgemäßes, ethisch wie gesellschaftlich verantwortliches Denken das Handeln bestimmen. Die Unterstützung dieser Überzeugungsarbeit ist Veranlassung, unsere heutigen Erfahrungen und Standpunkte zusammengefaÙt darzustellen.

Dabei wird von dem Grundsatz ausgegangen, daÙ es einer Partei nicht nur um Sachaussagen gehen kann. Vielmehr wird sie bestrebt sein, die politische und die gesellschaftliche Dimension dieser Zusammenhänge darzustellen und zu zeigen, daÙ sich deshalb die Antworten auf Umweltfragen – die sachlichen wie die politischen – in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen unterscheiden. Eine Partei christlicher Bürger wird ihre Antworten darüber hinaus aus christlicher Ethik begründen. Ein solcher Blickwinkel ist für Aussagen über das grundsätzliche Verhältnis des Menschen zur Natur ebenso gefragt, wie er für die Beurteilung der heutigen und der künftigen Dimensionen der Mensch-Technik-Umwelt-Beziehungen hilfreich ist. UnerläÙlich wird er, wenn es um die staatliche und die gesellschaftliche Verantwortung für die Gestaltung und Erhaltung der Umwelt geht. Über alle Sachaussagen hinaus wird immer zunächst nach den politischen und gesellschaftlichen Konsequenzen zu fragen sein, denn Aufgabe einer Partei ist es, politische Antworten zu formulieren.

Zu solchen grundsätzlich politischen Fragen gehört sicher an die Spitze das Wechselverhältnis von Umwelt- und Hochrüstungspolitik. Mancher sieht Umweltgefahren zuerst in ver-

unreinigter Luft, in verschmutzten Gewässern oder gefährdeten Wäldern. Das scheint naheliegend. Die größte Bedrohung der Natur geht gegenwärtig aber nicht davon, sondern von der friedensgefährdenden Hochrüstungspolitik aus.

Hochrüstung ist heute die größte Umweltgefahr

Frieden ist die erste Bedingung zur Erhaltung der Umwelt. Immer mehr und immer gefährlichere Waffen gefährden den Frieden. Sie sind geradezu ein Drahtseilakt über dem Abgrund eines Infernos, das alles Leben auf der Erde vernichten würde. Doch nicht nur durch die Anwendung dieser Waffen ist die Natur bedroht. Bereits ihre Entwicklung und Produktion verursachen schwere Umweltbelastungen, denn dafür wird der größte Raubbau an den materiellen und geistigen Ressourcen seit Menschengedenken betrieben. Fast die Hälfte aller Wissenschaftler forscht heute in der Rüstung, und wenn das SDI-Programm der USA bis zur Stationierung weitergetrieben wird, schätzen Experten dafür staatliche Aufwendungen von über 2 000 Milliarden Dollar ein – eine unvorstellbare Summe.

Das aber ist nur die eine Seite. Natürlich entstünden hohe Kosten und Aufwendungen dann auch in der UdSSR, wenn sie auch hier nachrüsten müÙte, um politisch wie militärisch unerreißbar zu bleiben. Die Menschheit zahlt so einen riesigen Preis – sowohl durch die Verschwendung von Ressourcen als auch in der Umweltbelastung durch die Entwicklung, Erprobung und die Produktion dieser Waffensysteme. Ungeheure Potenzen werden vergeudet und so am Ende auch dem Umweltschutz vorenthalten.

Schwerwiegende Schäden fügt diese Hochrüstungspolitik aber auch der internationalen politischen Atmosphäre zu. Immer mehr und immer gefährlichere Waffen verursachen Mißtrauen und sind eines der größten Hindernisse für die internationale Zusammenarbeit. Bei den heutigen globalen Problemen kann Umweltschutz ohne internationale Zusammenarbeit jedoch nicht wirksam sein. Er benötigt vielmehr eine internationale Atmosphäre der Entspannung, des Vertrauens und der gleichberechtigten Zusammenarbeit.

Abrüstung und Entspannung, die Sicherung des Friedens und friedliche Koexistenz – die politischen Grundfragen von heute – sind deshalb gleichzeitig die wichtigsten Voraussetzungen für die Erhaltung der Umwelt. Der Umweltschutz ist keineswegs nur eine Frage der Wissenschaft, der Technik oder Ökonomie. Er ist nicht nur eine Sachaufgabe, sondern eine zutiefst poli-

tische Frage von internationalem Rang. Jedes Engagement für die Umwelt bedarf zuerst dieser politischen Dimension.

Deshalb wenden sich christliche Demokraten auch zur Erhaltung der Umwelt gegen jene, die die Spannungen und das Wettrennen in der Welt immer aufs neue verschärfen. Sozialistische Friedenspolitik – in deren Unterstützung wir schon immer unsere wichtigste politische Aufgabe gesehen haben – ist damit gleichzeitig die Grundlage und Voraussetzung des umweltpolitischen Engagements unserer Partei.

Aber nicht nur die Hochrüstung gefährdet die Umwelt. „Immer größere Besorgnis ruft die Verschlechterung des Zustandes der Umwelt im Ergebnis der friedlichen Arbeit des Menschen hervor.“ Diese Feststellung aus dem Dokument „Die Folgen des Wettrennens für die Umwelt und andere Aspekte der ökologischen Sicherheit“, das die Staaten des Warschauer Vertrages auf ihrer Tagung am 16. und 17. Juli 1988 beschlossen haben, beschreibt die Brisanz einer Entwicklung, von der im gleichen Dokument globale Wirkungen mit unberechenbaren Folgen für die Entwicklung der Menschheit befürchtet werden.

Umweltschutz ist eine globale Aufgabe

Der hohe Stand und das schnelle Entwicklungstempo der Produktivkräfte haben solch enorme Veränderungen im Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur bewirkt, daß daraus für das Überleben der Menschheit außerordentliche Probleme entstanden sind. Die Rohstoffvorräte nehmen spürbar ab. Luft, Wasser und Boden werden immer stärker belastet. Nicht wenige Wälder, Pflanzen und Tierbestände sind bereits gefährdet, und wo die Natur so beeinträchtigt ist, ist es letztlich auch der Mensch. Alle politisch und gesellschaftlich verantwortlichen Kräfte haben heute die Frage zu beantworten, wie weltweit zu einem verantwortungsbewußten Umgang mit den Kräften und Schätzen der Natur übergegangen werden kann. Ökologisch verantwortbare Politik ist für die Zukunftssicherung der Menschheit zu einer erstrangigen Aufgabe geworden.

Dabei sind Umweltfragen keineswegs neue Probleme, die erst heute oder erst in unserem Jahrhundert auftreten. Umweltbeeinflussungen durch den Menschen hat es schon immer gegeben, denn ohne das Nutzen und Verändern der Natur konnte der Mensch noch nie leben, und er könnte es heute noch viel weniger. Neu aber sind die Dimensionen menschlichen Einwirkens auf die Natur, denn die Entwicklung von Wissenschaft und Technik und eine rasch wachsende Weltbevölkerung haben diesen Prozeß enorm beschleunigt.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat sich die Weltbevölkerung verdoppelt. In den letzten drei Jahrzehnten sind in der Welt ebensoviele Rohstoffe verbraucht worden wie in der gesamten Menschheitsgeschichte zuvor. Alle fünfzehn Jahre verdoppelt sich der Umfang der Waren und Dienstleistungen in den entwickelten Ländern. Fast alle Land- und Wassermassen der Erde sind in den menschlichen Wirkungskreis einbezogen. Bohrungen gehen immer tiefer. Rasch wächst die Nutzung des Meeresgrundes, und die Tür zur Weltraumwerkstatt ist bereits geöffnet.

Diese enorme Inanspruchnahme aller Ressourcen hat mit der steigenden Produktion auch die Menge der Abfälle in einem Umfang erhöht, daß natürliche Selbstreinigungsmechanismen damit nicht mehr fertig werden. Über 90 Prozent der gewonnenen Rohstoffe gelangen als Abprodukte wieder in die Natur zurück. Das geschieht aber oft in einem veränderten, vom natürlichen weit entfernten Zustand, als Schadstoffe, die die Natur und den Menschen gefährden. Umweltschäden werden immer stärker sichtbar, und technische Katastrophen an Tankern, in der chemischen Industrie oder in Kernkraftwerken haben die Menschheit ebenso für den Umweltschutz sensibilisiert wie saurer Regen, Smogsituationen oder geschädigte Wälder.

Bezeichnend für alle diese Entwicklungen ist, daß sie heute nicht mehr auf ein Land beschränkt bleiben. Jüngste Beispiele wie die Katastrophe in Tschernobyl oder die Verseuchung des Rheins durch einen Schweizer Chemiekonzern haben das erneut überdeutlich veranschaulicht. Kein Land der Welt kann heute isoliert von anderen Ländern Naturbedingungen nutzen oder beeinflussen. Kein Land kann die Sicherung des ökologischen Gleichgewichts in der ganzen Breite allein und nur durch interne Maßnahmen gewährleisten. Viele Eingriffe in den Naturhaushalt wirken heute weit über den eigentlichen Entstehungsraum hinaus. Störungen des lokalen Gleichgewichts haben oft weitreichende Auswirkungen und zunehmend globale Dimensionen. Nur durch internationale Zusammenarbeit wird die Menschheit in der Lage sein, diese Probleme zu lösen.

Ein Beispiel für solche aus lokalen Ereignissen entstehenden globalen Wirkungen ist der Raubbau an den Wäldern in vielen Entwicklungsländern – direkt ausgelöst durch das Profitstreben internationaler Konzerne, aber auch durch verschärfte Ernährungs- und Energieprobleme jener Länder selbst. Alarmierende Ausmaße erreicht die Waldvernichtung in den tropischen Ländern. Jeder zweite hier gefällte Baum wird verbrannt. Die Fläche der jährlich so vernichteten Wälder wird auf 20 bis 30 Millionen Hektar geschätzt – das entspricht dem Territorium

der BRD oder Italiens. Seit den fünfziger Jahren beträgt der Verlust an tropischem Regenwald fast 8 Millionen Quadratkilometer — das ist mehr als die Fläche Australiens.

Die drastische Abnahme der Waldbestände hat katastrophale regionale, aber eben auch überregionale Folgen. Bodenerosion und Versteppung setzen ein, oder es kommt, wenn solche Abholzungen Gebirgshänge betreffen, zu verheerenden Hochwassern. Gleichzeitig verändert sich die überregionale Zirkulation der Atmosphäre. Dürreperioden nehmen zu, Wüstenregionen breiten sich aus, zum Beispiel die Sahara um jährlich bis zu drei Kilometern.

Wenn die Völkergemeinschaft dem Raubbau durch die internationalen Konzerne nicht Einhalt gebieten kann und den Entwicklungsländern nicht geholfen wird, ihre Ernährungs- und Energieprobleme in anderer Weise als durch Abholzung oder Brandrodung zu lösen, stehen Klimaveränderungen mit noch gar nicht vorausschaubaren Konsequenzen bevor. Hier zeigt sich ein globales Problem in seiner ganzen Schärfe. Hier wird aber auch sichtbar, wie stark die globalen Probleme miteinander verknüpft sind. Der Raubbau an den Wäldern ist die Folge anderer Probleme — des Hungers, der neokolonialistischen Ausbeutung und der Sicherung der Energieversorgung, um nur die wichtigsten Verknüpfungen zu nennen.

Nur gemeinsame Anstrengungen der Staaten und Völker werden es vermögen, solche Probleme zu lösen. Das aber erfordert vor allem die friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Man kann sicher ohne Übertreibung feststellen, daß die Existenz der globalen Probleme eines der wichtigsten Argumente für die Lebensnotwendigkeit der Politik der friedlichen Koexistenz ist. Das wird um so dringlicher, wenn man die ganze Breite globaler ökologischer Probleme im Auge hat. Genannt seien nur

- die Kohlendioxidanreicherung der Atmosphäre,
- die Gefährdung der Ozonschicht der Atmosphäre durch Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffe,
- die Schwefeldioxid-, Stickoxid- und Staubbelastungen der Luft,
- die Nitratbelastung des Grundwassers,
- die Verschmutzungen der Flüsse, Seen, Meere und Ozeane,
- die Schwermetallbelastungen der Böden oder
- die Sicherheit von Kernkraftwerken und ihre Entsorgung.

All das verlangt geradezu ein komplexes Programm internationaler Zusammenarbeit. Niemand wird das im Alleingang lösen können. Ist die Menschheit zu solcher Zusammenarbeit

fähig, oder steckt sie bereits in einer so tiefen ökologischen Krise, daß es daraus keinen Ausweg mehr gibt?

Solchem Pessimismus können christliche Demokraten nicht folgen. Er widerspricht unserem christlichen Lebensauftrag ebenso wie der Zukunftsgewißheit unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Wir meinen, daß das an vielen Stellen gestörte Gleichgewicht zwischen Mensch und Natur weitgehend wiederhergestellt werden kann. Voraussetzung ist allerdings, und dafür wollen wir uns einsetzen, daß überall von gesellschaftlichem Verantwortungsbewußtsein ausgegangen wird, daß der Mensch verstanden wird als Teil der Natur, mit der er überlebt oder mit der er stirbt. Bei allen Entscheidungen — auf allen Ebenen und in jedem Land — sollte immer davon ausgegangen werden, daß es nur eine Menschheit und nur eine Erde gibt — nur eine Schöpfung, mit und von der wir alle leben. Alle nutzen wir den gleichen Lebensraum. Niemand kann daraus aus- oder umsteigen, und nur gemeinsam werden wir seine Vernichtung verhindern. Natürlich gilt es für diese Zusammenarbeit zu beachten, daß in allen Ländern zwischen

Naturnutzung und Gesellschaftsordnung

eine direkte Wechselwirkung besteht. Nirgendwo in der Welt vollzieht sich der Stoffwechselprozeß zwischen Gesellschaft und Natur unabhängig vom Charakter der Produktionsverhältnisse. Umweltprobleme existieren nicht neben gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten und Widersprüchen, sondern sie sind geradezu aus ihnen hervorgegangen. Antworten auf Umweltfragen werden deshalb entsprechend den jeweiligen Produktionsverhältnissen unterschiedlich ausfallen.

Unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen ist die dem Kapital einverleibte Natur systembedingt Mittel zum Profit. Ausbeutung im sozialen Bereich und Ausbeutung der Natur ergänzen sich. Der Widerspruch zwischen Natur und Gesellschaft ist antagonistisch und letztlich die wesentliche Ursache für den Raubbau an der Natur. Jahrhundertlang wurde die Natur als unversiegbare Quelle für menschliche Inanspruchnahme angesehen. Schrankenlose Naturnutzung zur Profitmaximierung war die Folge, denn diese Grundauffassung begünstigte den uneingeschränkten Zugriff auf die natürlichen Ressourcen. Der Schutz der Umwelt und ihre Reproduktion wurden vernachlässigt oder gar ignoriert. Das änderte sich erst, als durch die Umweltschädigungen entscheidende Geo- und Ökosysteme so beeinträchtigt waren, daß sie die Kapitalver-

wertungsbedingungen selbst erheblich verschlechterten. Verschmutztes Flußwasser verteuerte seine Nutzung. Schwermetallbelastete Böden schränkten die Agrarproduktion ein. Geschädigte Wälder kamen einer Kapitalvernichtung gleich. Verschmutzte Luft erschwerte und verteuerte die Industrie- und die Arbeitskräfteansiedlung.

Das Kapital war in zunehmendem Maße gezwungen, im Interesse der künftigen Produktion Umweltschutz zu betreiben. In diesem Sinne äußerte der frühere Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages der BRD, Otto Wolff von Amerongen: „Ein Blick auf unsere Wälder, Gewässer und den Boden zeigt, daß wir den Umweltschutz nicht länger als Wachstumsgrenze, sondern als Wachstumsvoraussetzung begreifen müssen.“ Das ist zwar ein begrüßenswerter, aber kein grundsätzlicher Wandel, denn auch hier soll Umweltschutz lediglich der Sicherung des Profitwachstums dienen und nicht gesellschaftlichen Bedürfnissen folgen.

Ein besonders augenfälliges Beispiel für die profitorientierte Naturnutzung ist Japan. Hier war in den 60er und zu Beginn der 70er Jahre die Steigerung der Konkurrenzfähigkeit der japanischen Schlüsselindustrien vor allem durch einen rapiden Ausbau der Grundstoffindustrie und einen extensiven Eingriff in die natürlichen Ressourcen des Landes gekennzeichnet — ohne jeglichen Umweltschutz. Japan wurde so das am meisten verschmutzte Land der Welt, und das regierungsamtliche „Weißbuch zur Umwelt“ gestand ein, daß Japan die in der Welt traurigsten Erfahrungen mit der Umweltverschmutzung mache. Die Folgen waren erschreckend und sind mit der Minamata- und der Itai-Itai-Krankheit weltweit bekannt geworden. Die Luftverschmutzung war an manchen Stellen des Landes so stark, daß die südlich von Tokio gelegene Industriestadt Yokai-ichi als „Asthma City“ zu trauriger Berühmtheit gelangte. Diese Situation wurde immer mehr zu einer chronischen Belastung aller Japaner. Viele Umweltmedien waren betroffen, es gab Umweltschädigungen mit schwerwiegenden Folgen für die Gesundheit und das Leben der Menschen. Die japanische Bevölkerung hatte für den schnellen industriellen Aufstieg ihres Landes einen hohen Preis gezahlt.

Politische und ökonomische Zwänge, wissenschaftlich-technische Entwicklungen und eine neue Umweltstrategie haben in der Zwischenzeit in nicht geringem Umfang zu einer Besserung geführt. Obwohl sich dadurch vor allem die Schwefeldioxid-Belastung erheblich verringerte und die japanischen Autoabgasvorschriften inzwischen zu den strengsten in der Welt gehören, leiden noch heute mehrere hunderttausend Menschen an den Folgen der Wasser- und Luftverschmutzung. Es sind wohl

auch die japanischen Erfahrungen, die auf dem Gipfeltreffen der sieben führenden kapitalistischen Industrieländer Anfang Mai 1985 zu der bemerkenswerten Erklärung führten, daß wirtschaftlicher Fortschritt und die Erhaltung der natürlichen Umwelt notwendig sind und sich gegenseitig ergänzen. Eine späte Einsicht, denn alle jene Länder hatten ähnliche Erfahrungen wie Japan sammeln müssen.

Oft hat erst der starke politische Druck einer sensibilisierten Bevölkerung zu Umweltgesetzen geführt. Normen und Grenzwerte wurden festgelegt und Subventionen oder Steuererlässe für Umweltmaßnahmen gewährt. Es entstand ein neuer Markt für Umweltausrüstungen, der inzwischen weltweit auf über 200 Milliarden Dollar Jahresumsatz geschätzt wird.

Trotz aller so eingeleiteten durchaus positiven Entwicklungen hat sich am Grundsatz nichts geändert. Umweltschutz wird dort nach wie vor in erster Linie unter Profitgesichtspunkten betrieben. Dabei gipfelt das skandalöse Verhalten internationaler Konzerne darin, stark umweltbelastende Produktionen — unter dem Deckmantel der Entwicklungshilfe — in Entwicklungsländer zu verlagern und dort aus Profitgründen kaum Umweltschutzmaßnahmen zu installieren. Die Giftgaskatastrophe im indischen Bhopal in einem Zweigwerk der US-amerikanischen Union Carbide Corporation mit über 2 500 Toten ist ein schreckliches Beispiel für diese Umwelt- und Menschenverachtung aus Profitsucht.

Es kann deshalb nicht verwundern, daß viele Menschen im Westen verunsichert sind und die künftige Entwicklung sehr pessimistisch einschätzen. Leider sehen sie nur selten die gesellschaftlich bedingten Ursachen für diese Lage. Sie wenden sich stattdessen gegen technischen Fortschritt und ökonomische Entwicklung. Sie meinen, die Grenzen des Wachstums seien erreicht oder schon überschritten. Sie treten für Konsumverzicht ein, weil das Konsumstreben die Hauptursache für ständige Produktionssteigerungen sei. Es wird eine „alternative, biologische Landwirtschaft“ propagiert. Man will „einfacher leben, um einfach leben“ zu können, und nicht wenige wollen gar „zurück zur Natur“.

Hat der Sozialismus dafür eine bessere Perspektive? Viele sagen es, aber ganz offensichtlich gibt es auch in sozialistischen Ländern erhebliche Sorgen und Probleme mit der Umwelt. Für die DDR könnte sicher jeder Bürger einige nennen. Wenn aber kapitalistische Produktionsverhältnisse zwangsläufig die Ökologie in einen Gegensatz zur Ökonomie setzen, warum sind dann sozialistische Länder nicht frei davon? Hier ist doch nicht der Profit der Motor der Wirtschaft, und die soziale Ausbeutung ist überwunden!

Das ist sicher nicht nur richtig gefragt, sondern beschreibt zugleich einen in unserer sozialistischen Gesellschaft noch nicht überwundenen Widerspruch! Wir alle haben doch die Erfahrung gemacht, daß die Überwindung der sozialen Ausbeutung in unserem Lande das fehlerhafte Verhalten gegenüber der Natur nicht zwangsläufig mitbeseitigt hat. Natur galt auch bei uns als unerschöpflich und der Mensch als ihr Beherrscher. Auch wir mußten erleben, wie das Beherrschen zum Überfordern der Natur wurde, und das, obwohl bereits Friedrich Engels gewarnt hatte: „Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unseren menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns... Und so werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, daß wir keineswegs die Natur beherrschen... wie jemand, der außer der Natur steht —, sondern, daß... unsere ganze Herrschaft über sie darin besteht, ... ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können.“

Ganz offensichtlich besteht das Neue im Verhältnis zwischen Natur und Gesellschaft unter sozialistischen Bedingungen keineswegs darin, daß der Widerspruch zwischen ihnen aufgehoben wäre. Neu aber ist, daß er seinen antagonistischen Charakter verloren hat. Nicht mehr der Profit entscheidet die Art der Naturnutzung, sondern die Gesellschaft — als Produzent genauso wie als von der Naturnutzung Betroffener. Damit ist die Möglichkeit vorhanden, Umweltprobleme planmäßig und im gesellschaftlichen Interesse zu lösen. Diese prinzipielle Möglichkeit ist der Vorzug des Sozialismus. Das aber bedeutet, daß Umweltschutz im Sozialismus keinem Automatismus folgt, sondern es kommt darauf an, diesen Vorzug möglichst umfassend zu nutzen.

Die Gesellschaftsstrategie der DDR ist darauf gerichtet. Allerdings kann auch unter sozialistischen Produktionsverhältnissen die Einheit von Ökologie und Ökonomie nur Schritt um Schritt und auf einigen Gebieten nur über einen längeren Zeitraum Realität werden. Das ist durch den Umfang dieser Aufgabe genauso vorgegeben wie vom Entwicklungsstand der materiell-technischen Basis und der Wirkung der internationalen politischen und ökonomischen Widersprüche. Das ist aber auch davon abhängig, welche Prioritäten bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft insgesamt gesetzt werden müssen, in die sich auch die Aufwendungen für den Umweltschutz einordnen. Auf der heutigen Stufe der Produktivkraftentwicklung ist die sozialistische Gesellschaft deshalb durchaus nicht frei von Widersprüchen — auch nicht von solchen im Umweltschutz.

Eines aber ist gewiß und auch eine wichtige Erfahrung aus der zurückliegenden Zeit: Die Inanspruchnahme der natür-

lichen Ressourcen vollzieht sich wie die Entwicklung der gesamten sozialistischen Gesellschaft immer planmäßiger und kontrollierbarer. Die materiell-technische Basis wächst, mit ihr nehmen die Aufwendungen für den Umweltschutz zu, und seitdem die Intensivierung die ökonomische Entwicklung bestimmt, sind deren Hauptzielrichtungen nachgerade zu den wichtigsten Umweltschutzmaßnahmen geworden.

Die Intensivierung des Reproduktionsprozesses verlangt den rationellen Material- und Energieverbrauch oder die rationelle Wasserverwendung. Sie orientiert auf geschlossene Stoffkreisläufe, abproduktarme oder -freie Technologien, die Nutzung von Abprodukten und eine wachsende Wiederverwendung von Sekundärrohstoffen. Sie minimiert den Energieverbrauch — in der technologischen Fertigung genauso wie beim Betreiben der Erzeugnisse. Das alles trägt dazu bei, daß für die gleichen Produkte weniger Ausgangsstoffe benötigt werden und weniger Abprodukte entstehen. Zweifach wird so die Ökonomie verbessert und die Umwelt entlastet. Ökonomischer und ökologischer Erfolg bilden eine Einheit, und das ist das wirksamste Rezept für den Umweltschutz!

Es gibt unter sozialistischen Bedingungen auch keinen objektiven Grund, gegen ökonomisches Wachstum und wissenschaftlich-technischen Fortschritt aufzutreten, um die Umwelt zu entlasten. Mehr Wachstum heißt im Sozialismus doch nicht mehr Profit für wenige, sondern größere Möglichkeiten für alle — auch für den Umweltschutz. Das gleiche gilt mit großer Sicherheit auch für die Anwendung neuester Technologien. Man muß vielmehr die Auffassung vertreten, daß die großen Umweltaufgaben nicht mit weniger, sondern nur mit mehr Wachstum und besserer Technik gelöst werden können — vorausgesetzt, daß beides verantwortungsvoll genutzt wird.

Christliche Demokraten gehen davon aus, daß unter sozialistischen Verhältnissen die wissenschaftlich-technische Entwicklung dazu genutzt werden kann, daß sich Ökonomie und Ökologie immer mehr zu einer Einheit entwickeln. Die sozialistische Gesellschaft hat die prinzipiellen Voraussetzungen geschaffen, beide Probleme grundsätzlich zu lösen und den so erzielten Fortschritt auch in sozialen Fortschritt zu verwandeln. Wir werden deshalb auch künftig für ein hohes wirtschaftliches Wachstum eintreten, das immer stärker von Ergebnissen der Wissenschaft getragen wird. Das sichert die gesellschaftliche Entwicklung in allen Bereichen — auch im Umweltschutz.

Allerdings ist wissenschaftlich-technische Entwicklung für uns kein Selbstzweck. Ihr einziger Zweck bleibt der Mensch. Wir haben Verständnis dafür, daß im Zusammenhang mit den

immer wieder ethische Fragen aufgeworfen werden, die den heutigen und den künftigen Mensch-Technik-Beziehungen gelten. Besorgnis wird geäußert, die technische und wissenschaftliche Entwicklung könne der ethischen und der gesellschaftlichen Entwicklung zu weit vorausseilen. Die Technik könne so dem Menschen überlegen werden. Sie könne sich verselbständigenden oder außer Kontrolle geraten — Schädigungen der Umwelt in großem Ausmaß wären so möglich. Als Zeugen werden zum Beispiel die Gefahren verantwortungsloser Nutzung der Gentechnik aufgerufen oder ein verbreiteter schrankenloser Fortschrittsglaube, der die Gefahren technischer Entwicklungen verharmlost.

All das kulminiert in der Frage, ob denn wirklich alles, was technisch möglich ist, auch realisiert werden darf. Das aber ist eine berechnete Frage! Christliche Demokraten stellen sie in der gleichen Weise, denn sie teilen die Sorge vieler Menschen, die darin zum Ausdruck kommt. Nicht alles, was Wissenschaft und Technik bisher hervorgebracht haben, ist doch zum Segen für die Menschheit genutzt worden. Denken wir nur daran, daß es menschlicher Erfindergeist war, der die modernen Massenvernichtungswaffen erst ermöglicht hat. Wissenschaft und Technik haben einen hohen Anteil an der mancherorts schrankenlosen Naturnutzung, und gerade die heutigen Möglichkeiten der modernen Medizin stellen uns Christen mit Schwangerschaftsabbruch und Organspende, künstlicher Befruchtung oder Leihmutterchaft ganz ernste ethische Fragen.

Wir verstehen auch, daß diese Sorgen durch die Geschwindigkeit und das Ausmaß der wissenschaftlich-technischen Entwicklung nur noch verstärkt werden. Hört oder liest man doch fast täglich von neuen Entdeckungen und Erfindungen, die dem Menschen Kräfte in die Hand geben, die bisher nur die Natur besaß. Nicht selten werden die Naturkräfte bereits übertroffen. Unvorstellbar groß sind die Folgen, wenn diese immer komplizierteren technischen Systeme außer Kontrolle geraten. Die Frage nach der Beherrschbarkeit der Technik durch den Menschen ist deshalb durchaus berechnete.

Nun wird als Konsequenz daraus oft gefordert, Wissenschaft und Technik nicht mehr „sich selbst zu überlassen“, sondern ethisch und gesellschaftlich zu determinieren, woran geforscht und was technisch realisiert wird. Zielt das aber wirklich in die richtige Richtung? Ist es nicht vielmehr so, daß Wissenschaft und Technik ihre Wurzeln wie ihre Wirkungen schon immer im Wesen von gesellschaftlichen Systemen und in der Politik von Staaten hatten? Wir meinen, ja. Den unabhängigen

„Nur“-Wissenschaftler oder „Nur“-Erfinder, der völlig unpolitisch einzig nach menschlichem Erkenntnisfortschritt strebt, hat es bereits in der Vergangenheit nur ganz selten gegeben, denn auch dort hat letztlich der Geldgeber den Umfang und Inhalt der Forschung und deren Anwendung bestimmt. Bei den heutigen Aufwendungen ist das erst recht der Fall. Wenn also wissenschaftliche Erkenntnisse mißbraucht werden, wenn Profit den Vorrang von technischer Sicherheit hat, wenn wissenschaftlich-technische Entwicklung nicht zum Nutzen des Menschen angewandt wird, ist das kein Argument gegen Wissenschaft und Technik, sondern gegen das gesellschaftliche System, das solchen Mißbrauch hervorbringt.

Sicher sind heute Wissenschaft und Technik wegen der erreichten Dimensionen selbst in eine neue, größere Verantwortung gestellt, die weit über sachlich-fachliche Probleme hinausgeht. Ebenso wenig kann aber übersehen werden, daß der Anwendung von wissenschaftlich-technischen Erkenntnissen immer politische Bestrebungen zugrunde liegen — seien es nun wirtschaftspolitische, finanzpolitische, machtpolitische oder ganz allgemein eben gesellschaftspolitische Ziele, die durch die Anwendung erreicht werden sollen. Die Forderung nach ethischen Normen der Nutzung neuer wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse findet ihren richtigen Adressaten folglich in Politik und Gesellschaft, und es ist nicht verwunderlich, daß die Antwort darauf aus den unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen auch oft unterschiedlich ausfällt.

Dort, wo das ungezügelte Profitprinzip gilt, wird auch in Zukunft alles, was Profit garantiert, realisiert werden. Gesetzliche Schranken setzen zwar einen Handlungsrahmen, der aber immer der Gefahr ausgesetzt bleibt, umgangen zu werden. Nicht von ungefähr gibt es in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern zwar modernste Wissenschaft und Technik, aber auch die meisten Verstöße gegen Bestimmungen der technischen Sicherheit aus Profitgründen. Trotz modernster Umweltschutztechnik melden die Medien von dort fast täglich neue Umweltskandale, und kaum sind die Möglichkeiten für Organspenden oder künstliche Befruchtung auch beim Menschen vorhanden, werden sie für kommerzielle Zwecke mißbraucht. Die Determinierung der wissenschaftlich-technischen Entwicklung kann dieses Prinzip nicht ändern, so ernsthaft und sorgenvoll dazu bis in die bürgerlichen Parlamente hineingetragen werden mag. Abhilfe kann hier nur ein anderes Gesellschaftsprinzip schaffen, das nicht mehr den Profit, sondern das Wohl des Menschen zum entscheidenden Maßstab werden läßt.

Das aber kann heute nur die sozialistische Gesellschaft. Nur

sie ist in der Lage, wissenschaftlich-technische Entwicklung zugleich in sozialen Fortschritt für alle zu verwandeln. Ja, dieses Ziel ist nachgerade der Antrieb für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt selbst. Hier gibt es deshalb keine Vorbehalte gegen Wissenschaft und Technik, sondern ihr Fortschritt geht uns oft sogar viel zu langsam voran. Sicher ist auch diese Position nicht ohne Gefahren, denn es ist durchaus zu sehen, daß auf diesem Boden ein „Fortschrittsglaube“ wachsen kann, der eine gewisse Sorglosigkeit in sich birgt, weil er meint, auch alle eventuellen Gefahren seien am Ende technisch beherrschbar. Die möglichen Wirkungen moderner technischer Entwicklungen noch besser und sorgfältiger vorauszubedenken – das bleibt auch unter sozialistischen Gesellschaftsverhältnissen eine sehr ernst zu nehmende Aufgabe.

Zugleich besteht der Fortschritt der Technik natürlich auch darin, daß sich die Sicherheitstechnik bzw. die technische Sicherheit vervollkommnet. Immer mehr können und müssen technische Systeme sich selbst beobachten, kontrollieren und Fehler automatisch korrigieren. Moderne Technologien führen zu einer immer rationelleren Rohstoff- und Ressourcennutzung. Die sich schnell entwickelnden Sensor-, Prüf- und Meßtechniken vergrößern diese Fähigkeiten ebenso wie immer leistungsstärkere mikroelektronische Steuerungen und Überwachungen. Deshalb ist die Aussage durchaus berechtigt, daß sich die Möglichkeit zur sicheren Beherrschung der immer komplizierteren technischen Systeme nicht verringern, sondern vergrößern. Nur darf ihre Anwendung nicht an vordergründigen ökonomischen Überlegungen scheitern!

Natürlich wird die Technik ständig komplizierter. Diese Kompliziertheit wird aber immer stärker in die technischen Systeme hineinverlagert, während der Umgang mit ihnen sich zunehmend leichter gestaltet. So entwickeln sich zum Beispiel die Informationsverarbeitungssysteme immer mehr dahin, daß der Umgang mit ihnen in natürlicher Sprache, ohne die Beherrschung von Programmiersprachen, erfolgen kann. Eigentlich ermöglicht gerade die modernste Technik eine Technik für den Menschen. Nur muß eben die Gesellschaft das auch wollen und können, und hier schließt sich der Kreis.

Für uns christliche Demokraten ist wissenschaftlich-technische Entwicklung nur unter sozialistischen Bedingungen auch in sozialen Fortschritt für alle zu verwandeln. In der von bürgerlichen Technikphilosophen heute so sehr strapazierten These, daß sich die Entwicklung der Technik immer mehr von den aus menschlicher und aus sozialer Sicht wünschenswerten Zielen entferne, sehen wir lediglich einen Reflex der Tatsache, daß die kapitalistische Gesellschaft dazu eben nicht in der Lage

ist. Die im kapitalistischen System schwerwiegenden sozialen Folgen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung haben nicht die Gefahr von zuviel Technik bewiesen, sondern lediglich die Unfähigkeit einer Gesellschaft, sie umfassend in den Dienst des Menschen zu stellen. Das gleiche gilt für den Umweltschutz. Nicht eine andere oder weniger Technik kann diese Probleme lösen, sondern nur eine andere Gesellschaft.

Von allen Technikentwicklungen werden wohl diejenigen, die den Komplex Energieversorgung und Umweltschutz betreffen, am meisten kontrovers diskutiert. Die

Perspektiven der Energieversorgung

beschäftigen Fachleute und Politiker ebenso wie engagierte Laien, denn die Energieverbrauchs- und -erzeugungsanlagen zählen zu den stärksten Umweltbelastern.

Kernenergie – ja oder nein, Kohle oder Erdöl, wächst oder sinkt künftig der Energiebedarf, und welchen Anteil können „alternative“ regenerierbare Energiequellen übernehmen? Sehr komplex und weit in die Zukunft reichend sind diese Zusammenhänge, und Fachexperten und Politiker vertreten oft unterschiedliche Standpunkte. Sicher ist hier nicht der Platz, alle diese Fragen mit ihrem „Wenn und Aber“ zu beantworten und die Meinungsunterschiede zu erläutern. Es gibt jedoch eine Reihe allgemein anerkannter Aussagen und Tendenzen, die zu einer Blickschärfung für die Gesamtzusammenhänge beitragen können.

Zunächst einmal, und das deckt sich mit den Erfahrungen und Zielen in der DDR, wird international davon ausgegangen, daß sich das Leistungswachstum der Volkswirtschaften in den entwickelten Industrieländern durchgängig – wie in den letzten Jahren – weiter bei sinkendem spezifischem Energieverbrauch vollziehen wird. Die Anstrengungen zur rationellen Energieanwendung haben hier in vielen Ländern zu bemerkenswerten Ergebnissen geführt. 1984 war in den sechs größten kapitalistischen Industriestaaten der spezifische Energieverbrauch je Einheit Bruttosozialprodukt um 25 Prozent niedriger als 1973. Das entspricht etwa einer Einsparung von 870 Millionen Tonnen Erdöl. In der DDR waren es im gleichen Zeitraum 30 Prozent. Dazu haben in ganz besonderer Weise die Modernisierung der Produktionsbasis sowie neue Erzeugnisse und Technologien beigetragen, die auf der Grundlage neuer wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse und der Nutzung der Schlüsseltechnologien möglich wurden.

Da der absolute Energiebedarf in der Welt weiter steigen wird (manche Prognosen sprechen von einer Verdoppelung bis zum Jahre 2020, andere von einer Verdoppelung in jeweils 25 bis 35 Jahren), wird die rationelle Energieanwendung von vielen Ländern auch künftig als eine Hauptquelle für die Deckung dieses Bedarfes angesehen. Dem entspricht die Zielstellung der DDR, die – aufbauend auf den bisher beachtlichen Ergebnissen – bis 1990 eine gegenüber 1985 weitere Senkung des spezifischen Energieverbrauchs im Äquivalent von 80 Millionen Tonnen Rohbraunkohle vorsieht und diesen Kurs auch darüber hinaus fortsetzen wird.

Übereinstimmung gibt es auch zur künftigen Rolle der Kohle. Es wird geschätzt, daß die gegenwärtige Weltförderung von 2 500 Millionen Tonnen Steinkohle und 800 Millionen Tonnen Braunkohle bis zum Jahre 2000 noch einmal um 30 Prozent steigen wird. Die Kohle wird im Weltmaßstab auch künftig hauptsächlich für die Elektroenergieerzeugung eingesetzt. Gleichzeitig wird ihr Anteil an der Wärmeversorgung wachsen (besonders über die Kraft-Wärme-Kopplungen in Kraftwerken zur Bereitstellung von Prozeß- und Fernwärme). Voraussetzung sind dafür allerdings effektivere und vor allem umweltfreundliche neue Verbrennungstechnologien auch und besonders für heizwertarme und ballastreiche Kohlen.

Hier steht die DDR vor einer besonderen Aufgabe, denn es ist festgelegt, auch künftig mit bis zu 330 Millionen Tonnen Jahresförderung an Braunkohle sowohl mehr als zwei Drittel des Primär-Energiebedarfs als auch eine immer bessere stoffwirtschaftliche Nutzung (im Äquivalent von 12 Millionen Tonnen Erdöl bis 1990) zu sichern. Entschieden ist aber auch, daß keine neuen Kohlekraftwerke mehr gebaut werden und der erforderliche Energiezuwachs über den Ausbau der Kernenergiebasis erfolgen wird.

Diese Nutzung der Kernenergie für friedliche Zwecke wird noch immer weltweit aus ökonomischen und ökologischen Gründen für unumgänglich gehalten. Das hat die Weltenergiekonferenz auf ihrem Kongreß im Oktober 1986 noch einmal ausdrücklich bestätigt. Ende 1986 waren in 26 Ländern der Welt 394 Kernkraftwerke mit einer installierten Leistung von 270 232 MW in Betrieb. Über 15 Prozent der Weltproduktion an Elektroenergie wurde auf dieser Grundlage produziert, wobei Frankreich mit 65 Prozent und Belgien mit 60 Prozent weit an der Spitze liegen. In der DDR werden ca. 10 Prozent der Elektroenergie in Kernkraftwerken produziert.

Gegenwärtig sind weltweit 160 Kernkraftwerke im Bau, und es wird damit gerechnet, daß sich damit die Gesamtleistung der Kernkraftwerke bis 1990 auf 370 000 MW erhöhen

wird. Die Kernkrafttechnologie wird trotz bzw. gerade wegen Tschernobyl als sicher und beherrschbar eingeschätzt. Es ist inzwischen bekannt, daß in Tschernobyl nicht die Technik versagt hat, sondern der Mensch. Erst das bewußte Ausschalten von mehreren Sicherheitsbarrieren für einen Produktionsversuch hat diese Katastrophe herbeigeführt. Das muß und kann aber verhindert werden! Es gibt deshalb nach Tschernobyl und auch infolge der weltweit in Auswertung dieser Katastrophe durchgeführten Sicherheitsüberprüfungen keinen Zwang, aus dieser Technologie auszusteigen! Auch nicht in der DDR, die in Kernkraftwerken zur Zeit über eine installierte Leistung von 1 830 MW verfügt. Es ist vorgesehen, bis 1990 einen Zuwachs von 1 320 MW im KKW Nord zu installieren, und in der Nähe von Stendal wird in den 90er Jahren ein weiteres Kernkraftwerk in Betrieb genommen. Der Anteil der Kernenergie am Elektroenergieaufkommen der DDR wird im Jahre 1990 ca. 15 Prozent betragen.

In der DDR ist die Strahlenkontrolle seit 1962 staatlich organisiert und mit dem Atomenergiegesetz von 1983 und dem Strahlenschutzgesetz von 1984 noch einmal entsprechend dem heutigen Stand der Technik aktualisiert worden. Für die ständige Kontrolle der Umwelt existierte bereits vor der Katastrophe in Tschernobyl ein republikweites Meßnetz mit 200 Meßpunkten, das zur Überwachung des akuten Ereignisses operativ ausgebaut wurde. Ständig war so die radioaktive Belastung bekannt – zuvor, während und danach und auch von Lebensmitteln, Wildfrüchten oder Futterpflanzen. Die Ergebnisse weisen aus, daß die radioaktive Belastung durch Tschernobyl in der DDR zu keinem Zeitpunkt höher war, als es die natürliche Belastung ohnehin werden kann. Es bestand folglich auch kein Grund, über die normale Bevölkerungsinformation hinaus Unruhe zu verursachen. Als schändlich und empörend muß aber die mit Schlagzeilen wie „Atomwolke über Berlin“ oder „vergiftete Kinderspielplätze“ verantwortungslose Panikmache westlicher Medien verurteilt werden – die heute übrigens verschämt und hinter vorgehaltener Hand Schritt um Schritt wieder zurückgenommen wird. So drückt zum Beispiel die BRD-Zeitung „Die Welt“ vom 8. 4. 1987 unter der Überschrift „Strahlen-Experten nehmen Radioaktivität ihren Reiz“ geradezu ihr Bedauern darüber aus, daß nach übereinstimmender Aussage der Strahlen-Experten der BRD auch dort im Zusammenhang mit Tschernobyl nie eine Gefährdung der Bevölkerung bestanden habe.

Die Kernkraftwerke der DDR wie ihre Umgebung werden ununterbrochen kontrolliert, und noch zu keinem Zeitpunkt hat es für die Beschäftigten oder die Umgebung eine Gefähr-

dung gegeben. Aus diesen Langzeitmessungen weiß man zum Beispiel auch, daß die radioaktive Belastung in der unmittelbaren Umgebung unserer Kernkraftwerke mit 0,001 Millisievert (1 Sievert entspricht 100 Rem) nicht höher ist als bei einem konventionellen Kohlekraftwerk. Wie unbedenklich diese Belastung ist, wird deutlich, wenn man sie mit der jährlichen mittleren natürlichen Strahlenbelastung in der DDR von etwa 2 Millisievert vergleicht oder mit einer einzigen Röntgenaufnahme des Magens oder des Darmes, die immerhin bis zu 5 Millisievert betragen kann.

Der jahrzehntelange Betrieb hat die Kernkraftwerke als vertretbare und kalkulierbare Anlagen erwiesen. Wenn die sechs führenden Industrieländer der Welt zugleich die meisten und die leistungstärksten Kernreaktoren betreiben (USA: 98 mit 83 387 MW, UdSSR: 50 mit 27 657 MW, Frankreich: 49 mit 44 693 MW, Großbritannien: 38 mit 10 170 MW, Japan: 34 mit 24 754 MW, BRD: 21 mit 18 885 MW) folgt daraus für die DDR mit ihrer Entscheidung für die Kernenergie nur eine Bestätigung.

Natürlich heißt das nicht, daß in der DDR die Risiken der Kernenergie nicht gesehen würden. Sie sind im Gegenteil umfassend untersucht und eingeschätzt worden, und ihnen wird das Beste an technischer Sicherheit, an Arbeitsschutz und Kontrolle, an gesetzlichen Regelungen und an Ausbildung entgegengesetzt, so daß der Umgang mit dieser Technik bis hin zu Transport und Entsorgung verantwortbar wird.

Es ist müßig, darüber zu spekulieren, ob die Entscheidung für die Kernenergie später noch einmal überdacht werden muß, wenn es einmal wirklich Alternativen geben sollte. Das wird wohl erst in 40 bis 50 Jahren der Fall sein, wenn mit der Kernfusion, einer vielleicht einmal möglichen Wasserstofftechnologie oder völlig neuen technischen Entwicklungen auch völlig neue Entscheidungen möglich sind.

Die Nutzung der regenerativen Energiequellen wie Sonne, Wind, Biogas oder Erdwärme wird nach Einschätzung der Weltenergiekonferenz (1986) im Jahre 2000 höchstens 2 bis 4 Prozent des Weltenergiebedarfes decken können und stellt damit keine Alternative zur Nutzung der Kernenergie dar (DDR bis 2000 nur 0,4 Prozent). Das heißt natürlich nicht, daß auf sie verzichtet werden kann. An manchen Stellen sind sie der konventionellen Energieversorgung überlegen, dort wird man sie einsetzen (z. B. Windgeneratoren an Küsten und in Gebirgen, Sonnenkollektoren oder Biogeneratoren in Dörfern von Entwicklungsländern u. a.).

Eine für die DDR interessante regenerierbare Energiequelle ergibt sich nördlich der Linie Magdeburg-Cottbus. Dort sind

in Tiefen von 1 500 bis 1 800 m geothermale Schichtwässer mit Temperaturen von 60 °C bis 90 °C festgestellt worden. Der Wärmehalt dieser Schichtwässer stellt ein für die Wärmeversorgung praktisch unerschöpfliches Energiereservoir dar. Nach Experteneinschätzungen könnte durch effektive volkswirtschaftliche Nutzung dieses Potentials bis zum Jahre 2000 schrittweise die äquivalente Wärme von 5 Millionen Tonnen Rohbraunkohle jährlich gewonnen werden. Hier eröffnet sich – zumindest für den nördlichen Teil der DDR – eine effektive Teilalternative zur Rohbraunkohlenutzung, wobei das Verhältnis von eingesetzter elektrischer Energie zu gewonnener Wärmeenergie von gegenwärtig 1 : 5 durch technische Verbesserungen noch auf 1 : 10 gesteigert werden kann. Das besonders Bestechende an diesem Verfahren sind die Umweltfreundlichkeit und der Wegfall jeglicher Transportleistungen.

Weitere für die Umwelt günstige Verfahren ergeben sich auch aus dem wachsenden Anteil der Fernwärmeversorgung. In der DDR werden bereits 20 Prozent der Wohnungen so versorgt. Mit der Fortsetzung des Wohnungsbauprogramms wird dieser Anteil weiter steigen. Dabei liegt der Vorteil bei gleichzeitiger Erzeugung von Elektroenergie sowohl in der besseren Ökonomie (Abwärme- und Sekundärenergienutzung) wie in einer Entlastung der Umwelt.

Erdöl und Erdgas werden in der DDR auch künftig in erster Linie stoffwirtschaftlich genutzt bzw. zu Treibstoffen verarbeitet. Daran wird sich sicher auch durch die zur Zeit wieder niedrigen Weltmarktpreise künftig nichts ändern, zumal Experten bereits in den 90er Jahren wieder mit Rohölpreisen zwischen 20 bis 30 Dollar je Barrel rechnen.

Die Energieversorgung der DDR basiert auch künftig in erster Linie auf der einheimischen Rohbraunkohle. Es kommt darauf an, diesen Energieträger noch effektiver zu nutzen und ihn zugleich höchstmöglich zu veredeln, um die daraus resultierenden Transport- und Umweltbelastungen Schritt um Schritt zu verringern. Im Interesse der Umwelt und zur Sicherung der Energieversorgung gibt es zum weiteren Ausbau der Kernenergienutzung bis über die Jahrtausendwende hinweg keine Alternative. Parallel dazu werden Forschung und Entwicklung für die Nutzung regenerierbarer Energiequellen weiter zunehmen. Vor allem aber gilt es, die weitere Senkung des spezifischen Energieverbrauchs zu gewährleisten, denn das bleibt die wichtigste Quelle zur Sicherung der Energieversorgung.

So brennend und so aktuell, wie alle diese Fragen sind, so verständlich ist es, daß sie auch im kirchlichen Raum engagiert diskutiert werden. Wo es um die Zukunft der Menschheit geht,

sind Christen und Kirchen in der gleichen Weise gefragt und gerufen wie jeder andere auch. Mehr noch, ihr Glaube gebietet ihnen, aus

Ehrfurcht vor der Schöpfung

und in Erfüllung des Schöpfungsauftrages in der Natur nicht nur eine Gabe Gottes zu sehen, die es zu erhalten gilt. Vielmehr stehen sie in der Pflicht, diese Gottesgabe verantwortungsvoll für den Menschen zu nutzen. Ausgehend vom biblischen Auftrag, sich die Erde untertan zu machen, wird das stets das Beherrschen der Naturkräfte und Naturgesetze heißen, wird es immer auf das Verändern und Nutzen der Natur hinauslaufen. Auch aus christlicher Überzeugung gibt es kein „zurück zur Natur“, sondern nur deren planmäßige Nutzung zum Wohle der Menschen.

Dabei kann keineswegs übersehen werden, daß gerade dieser Auftrag, die Erde zu beherrschen und sie sich untertan zu machen, dazu mißbraucht wurde, eine schrankenlose Verfügungsmacht des Menschen über die Natur zu rechtfertigen. Es wurde verdrängt, daß dieser Auftrag auch darin besteht, die Erde als Haushalter des Schöpfers in der Verantwortung vor ihm zu bebauen und zu bewahren. Verantwortung vor Gott wurde so schnell von einer Verantwortung vor menschlichen Interessen abgelöst. So konnte aus dem „Nutzen“ das „Ausnutzen“ werden und die Verantwortung für die Schöpfung sich in ihre Ausbeutung verwandeln.

Alle großen christlichen Kirchen durchleben heute in der Konfrontation mit den globalen ökologischen Problemen eine breite ökologische Diskussion, die Antworten auf die Frage sucht, wie christliche Verantwortung für die Schöpfung unter den Bedingungen der Gegenwart wahrzunehmen ist. Dabei kommt in wachsendem Maße zum Ausdruck, daß heute wohl keiner mit dem Anspruch auftreten kann, für alle ökologischen Probleme eine Lösung parat zu haben. Dazu sind die Aufgaben zu groß und viel zu kompliziert, und es verbreitet sich die Einsicht, daß verantwortungsbewußte Mitarbeit der Umwelt wenn dient als unreales „Alternativvorschläge“.

In diesem Sinne handeln immer mehr Gemeindekreise, wenn sie sich zum Beispiel an gesellschaftlichen Umweltschutzaktivitäten beteiligen oder in eigener Initiative Bäume pflanzen oder den Wald pflegen. Wir begrüßen dieses Engagement für die Umwelt im kirchlichen Raum. Unsere Mitglieder werden sich auch künftig in ihren Gemeinden an der Standortfindung der Kirchen in diesen wichtigen Fragen beteiligen, und

wir sind dankbar dafür, daß wir heute in Übereinstimmung mit kirchlichen Aussagen feststellen können: Verantwortung für die Schöpfung heißt sinnvolle Nutzung der Kräfte und Schätze der Natur und hat den Raubbau an ihnen zu verhindern. Das bedeutet im biblischen Auftrag gestalten und verändern, aber auch verantwortungsvoll bewahren.

Nicht nur im kirchlichen Raum, sondern generell wird im Zusammenhang mit Umweltdiskussionen immer wieder in besonderer Weise die Verantwortung der staatlichen Organe und die Verantwortung der Betriebe angemahnt, und nicht selten wird zugleich resigniert festgestellt, man selbst könne ja für die Umwelt nichts oder zumindest nichts Entscheidendes tun. Ist das wirklich so?

Sicher, die staatlichen Organe und die Betriebe tragen die Hauptverantwortung für eine umweltgerechte Politik und eine ökologisch verantwortbare Ökonomie. In Staatsorganen und Betrieben arbeiten Menschen, immer sind sie die eigentlichen Verantwortungsträger, und ihr Verhalten entscheidet letztlich alles. Es ist dieser subjektive Faktor, der gerade im Umweltschutz so unendlich viel bedeutet! Jeder kann für die Umwelt etwas tun.

Umweltschutz geht jeden an

Selbst die besten Umweltgesetze werden beispielsweise nur dann zum Erfolg führen, wenn ihre Einhaltung durch die verantwortlichen Mitarbeiter zugleich gewissenhaft kontrolliert und wenn sie vor allem konsequent durchgesetzt wird. Sogar die fortgeschrittenste Umweltschutztechnik nützt nur wenig, wenn die Betreiber sie nicht optimal einsetzen, und es beginnt bereits mit der Haltung der Entwicklungsingenieure und Projektanten, ob viel oder wenig Mühe für die Auswahl einer umweltverträglichen Technik aufgewendet wird.

Um viel oder wenig Mühe, also um menschliches Verhalten, geht es vor allem bei der Einhaltung der vorhandenen Gesetze, die in der DDR oft vorbildlich sind und die durch viele territoriale Ordnungen ergänzt werden. Das findet international große Anerkennung. Wie aber ist das Rechtsbewußtsein hinsichtlich der Einhaltung dieser Gesetze entwickelt? Diese Frage ist doch wohl immer dann zu stellen, wenn zum Beispiel Entstaubungs- und Abgasreinigungsanlagen nicht exakt gefahren werden, wenn ein Schieber schnell einmal geöffnet wird, um Abwasser ungereinigt der Vorflut zuzuleiten, oder wenn Gülle willkürlich entgegen den festgelegten Ausbringungsplänen verkippt wird.

All das ist ungesetzlich, und all das wird bestraft. Dennoch kommt es noch immer vor, daß solche Strafen in Kauf genommen werden, Hauptsache, man ist sein „Zeug“ erst einmal los! Sicher, die Tendenz solcher Umweltvergehen ist in den letzten Jahren stark rückläufig. Das Umweltbewußtsein in den Betrieben ist gewachsen. Eine für die Erhaltung der Umwelt sensibilisierte Bevölkerung hat dazu ganz wesentlich beigetragen. Überwunden sind solche Erscheinungen aber noch nicht.

Das bezieht sich auch auf die nur scheinbar kleinen Umwelt-sünden im privaten Bereich. Wer bedenkt schon beim Wegwerfen oder Verbrennen von Altpapier, daß zur Versorgung aller Haushalte der DDR mit 1 kg Papier ca. 50–60 ha Wald geschlagen werden muß. Mancher beklagt die Chemisierung der Landwirtschaft – sein Brot aber landet im Müll. Leider geschieht das mit jedem zehnten Brot in unserem Lande – ein Verlust von ca. 210 000 Tonnen Getreide, nicht gerechnet die Aufwendungen an Energie und Arbeit. Wenn jeder Einwohner der DDR eine Flasche wegwirft, sind für deren Ersatz erneute Aufwendungen an Gas, Glassand, Soda und das Verbrennen von 4 600 Tonnen Braunkohle erforderlich – mit allen schädlichen Folgen für die Umwelt.

Kleine Ursachen haben also große Wirkungen. So könnten in der DDR ca. 10 Prozent aller festen Brennstoffe lediglich dadurch eingespart werden, daß alle Heizungsanlagen ordnungsgemäß gewartet, gereinigt oder optimal bedient würden. Das bezieht sich auch auf die privaten Feuerungsanlagen, die in den Wintermonaten noch immer mehr als 40 Prozent der Staub- und Schwefeldioxidbelastung der Luft verursachen. Richtig verbrennen heißt auch hier: weniger Schadstoffe gelangen in die Luft. Entlastet wird die Umwelt zusätzlich, wenn die Räume nicht überheizt werden. Hier bedeutet 1° C Raumtemperatur mehr oder weniger ca. 7 Millionen Tonnen Braunkohle verbrennen oder sparen, und das ist beachtlich.

Niemand braucht zu sagen, er könne für den Umweltschutz nichts tun, hier seien lediglich der Staat und die Wirtschaft in der Verantwortung. Für nicht wenig Umweltschäden, das zeigen diese Beispiele, ist nicht die Wirtschaft, sondern ist das gedankenlose oder gar fahrlässige Handeln der Bürger verantwortlich. Umweltschutz beginnt deshalb bei jedem einzelnen. Er verlangt Mitdenken und Mithandeln, erfordert Selbstdisziplin genauso wie Hartnäckigkeit und Durchsetzungsvermögen gegenüber Dritten, und sicher ist das eigene umweltgerechte Handeln die beste Legitimation für das Einfordern des Umweltschutzes bei anderen.

Aus der Verantwortung sind Staatsorgane und Wirtschaftsleitungen jedoch auch hier nicht. Dabei ist ihre Öffentlichkeits-

und Überzeugungsarbeit zur Förderung des Umweltbewußtseins genauso gemeint wie die Schaffung der materiellen Voraussetzungen für ein umweltgerechtes Verhalten der Bürger. Es ist doch gar keine Frage, daß das eigene Auto bei attraktiven öffentlichen Verkehrsangeboten eher zu Hause gelassen wird. Abflußlose Sammelgruben tragen ihren Namen doch nur so lange zu Recht, wie die kommunale Fäkalienabfuhr funktioniert. Wilde Müllkippen sind doch sicher zu vermeiden, wenn im Territorium die geordnete Entsorgung organisiert ist, und Altstoffannahme wird immer dann effektiv sein, wenn sie bürgerfreundlich gestaltet wird.

Für christliche Demokraten ist dieser subjektive Faktor eine besondere Herausforderung an die eigene Überzeugungsarbeit und die eigene Haltung, und es bestärkt uns, daß christliche Ethik und sozialistische Moral, christliche Lebensauffassung und sozialistische Lebensführung gleichermaßen einen verantwortungsvollen Umgang des einzelnen und der Gesellschaft mit der Natur verlangen. So breit und so tief, wie die Lösung der ökologischen Aufgaben unser aller Leben beeinflussen wird, so umfassend und so überzeugend wollen wir unsere Arbeit auf diesem Gebiet gestalten, damit stets ein sachgemäßes, ethisch wie gesellschaftlich verantwortliches Denken das Handeln unserer Mitglieder bestimmt.

In diesem Sinne hat die CDU auch immer ihre staatliche Mitverantwortung im Umweltschutz gesehen und daran mitgewirkt, daß bereits die erste Verfassung aus dem Jahre 1949

Landeskultur und Umweltschutz in der DDR

zum Verfassungsauftrag erklärt hat. Die heutige Verfassung bestimmt in Artikel 15, Absatz 2: „Im Interesse des Wohlergehens der Bürger sorgen Staat und Gesellschaft für den Schutz der Natur. Die Reinhaltung der Gewässer und der Luft sowie der Schutz der Pflanzen- und Tierwelt und der landschaftlichen Schönheiten der Heimat sind durch die zuständigen Organe zu gewährleisten und sind darüber hinaus auch Sache jeden Bürgers.“

Nicht jeder Staat hat den Umweltschutz zum Verfassungsauftrag erhoben, in der DDR aber ist er seit Anbeginn untrennbar Bestandteil der Gesamtpolitik. Staats- und Gesellschaftspolitik sind davon ebenso geprägt wie Wirtschafts- und Sozialpolitik, sozialistische Friedenspolitik und ökonomische Strategie.

Umweltpolitik findet in der täglichen politischen Praxis der

DDR überall ihren Niederschlag, so auch in einer Reihe von Gesetzen, die die Volkskammer seit 1950 beschlossen hat. Besonders erwähnt seien in diesem Zusammenhang: das Aufbaugesetz, das Jagdgesetz, das Fischereigesetz, das Naturschutzgesetz, das Atomenergiegesetz und das Wassergesetz, in denen die Verantwortung der sozialistischen Gesellschaft für die Gestaltung und den Schutz der Natur in besonderer Weise ihren Ausdruck findet.

Herausragende Bedeutung besitzt das Landeskulturgesetz vom Mai 1970, das eigentliche Umweltschutzgesetz der DDR. Es umfaßt den Schutz der Natur in der umfassendsten Form aller gesetzlichen Regelungen und zielt gleichzeitig auf die aktive, planmäßige und vorausschauende Gestaltung der Wechselbeziehungen zwischen Natur und Gesellschaft. Dabei wird der rationellen Nutzung der Ressourcen und dem vorbeugenden Schutz der Umwelt gleichrangige Bedeutung beigemessen. Das Landeskulturgesetz mit seinen ständig entsprechend der Produktivkraftentwicklung aktualisierten Folgeeregungen ist die staatsrechtliche Grundlage für die Umweltpolitik in der DDR.

Wie die gesamte gesellschaftliche Entwicklung wird auch die Umweltpolitik in der DDR nach den Grundsätzen der sozialistischen Planwirtschaft organisiert. Alle Volkswirtschaftspläne enthalten Planziele für Umweltgestaltung und Umweltschutz. Das bezieht sich sowohl auf direkte Investitionen für Umweltschutztechnik wie auch darauf, die Produktionsabläufe so zu gestalten, daß Normative für die Inanspruchnahme von Naturressourcen ebenso eingehalten werden wie die Grenzwerte für die Belastung der Umwelt. Solche Normative enthält z. B. der Fünfjahrplan 1986–1990 für die rationelle Wasserverwendung, die Senkung der Abwasserlast und die Wertstoffrückgewinnung aus dem Abwasser. Die Staatliche Gewässeraufsicht unterstützt ihre Einhaltung und erteilt wasserrechtliche Genehmigungen zur Wassernutzung und kontrolliert Grenzwerte für die Abwasserbelastung. Zur Zeit sind hier Grenzwerte für 39 Stoffe festgelegt. Die Betriebe sind verpflichtet, solche Grenzwerte durch planmäßige Maßnahmen einzuhalten.

Ähnlich liegt die Verantwortung der Staatlichen Umweltinspektion. Sie hat z. B. die Grenzwerte für die Emission von 147 Stoffen zu kontrollieren, die bei Verbrennungs- und Produktionsprozessen in die Luft gelangen können. Dadurch soll die Begrenzung und schrittweise Minderung des Ausstoßes von Schadstoffen erreicht werden. Die Räte der Bezirke erteilen die Genehmigungen für die schadhlose Ablagerung von volkswirtschaftlich noch nicht verwertbaren toxischen Abpro-

dukten, sie bestimmen dafür Deponien und Deponieverfahren, und die Staatliche Umweltspektion kontrolliert deren ordnungsgemäßen Betrieb.

Zum Schutz von Naturressourcen beschließen die örtlichen Volksvertretungen Schutzzonen für Trinkwasser- und weitere Vorbehaltsgebiete für mineralische Rohstoffe oder den Schutz seltener Tier- und Pflanzenarten und legen die Behandlungsvorschriften für solche Gebiete fest. Sie enthalten die Festlegungen, um auch bei einer in der Regel stattfindenden Mehrfachnutzung dieser Gebiete die Naturressourcen wirksam zu schützen, zu erhalten bzw. planmäßig zu regenerieren.

Pläne und Konzeptionen, Normative und Grenzwerte, Genehmigungsverfahren und Behandlungsvorschriften sind quasi wie ein Netz über die gesellschaftliche Entwicklung geworfen, um an allen Stellen die erforderliche Reproduktion der natürlichen Bedingungen zu gewährleisten. Je enghemmaschiger dieses Netz ist oder wird, um so weniger Umweltschädigungen werden auftreten. Es braucht aber auch nur so eng zu sein, daß nichts durch die Maschen gelangen kann. Das heißt, der beste und volkswirtschaftlich effektivste Umweltschutz besteht darin, die technologischen Abläufe so zu gestalten, daß immer weniger bzw. überhaupt keine Schadstoffe mehr in die Umwelt gelangen können.

Genau in diese Richtung zielt die ökonomische Strategie der DDR mit ihrem Kernstück, der Intensivierung des Reproduktionsprozesses. Hier wirkt ein ganzer Maßnahmenkomplex nicht nur zur Sicherung eines effektiven Wirtschaftswachstums, sondern über die rationelle Nutzung der Naturressourcen auch zur Entlastung der Umwelt. Dazu gehört die Nutzenwendung moderner Wissenschaft und Technik ebenso wie die Senkung des Produktionsverbrauchs. Das betrifft die höhere Veredlung der Rohstoffe in der gleichen Weise wie die steigende Sekundärrohstoffverwertung, die Nutzung der industriellen Abprodukte oder den Übergang zu geschlossenen Stoffkreisläufen.

Immer zielgerichteter wird der Schutz der Umwelt auch in die wirtschaftliche Rechnungsführung der Betriebe einbezogen. Hier sind Preise und Gebühren für die Inanspruchnahme von natürlichen Ressourcen so festgesetzt worden, daß deren ökologisch erforderliche sparsame Verwendung zugleich ein ökonomisches Gebot ist. Darüber hinaus sorgen empfindliche Sanktionen immer besser dafür, daß eine funktionierende Umweltschutztechnik die Betriebskosten weniger belastet als die Strafe für das Überschreiten von Grenzwerten. Auch wenn es gerade hier in der Durchsetzung noch Reserven gibt, sind auf Teilgebieten jedoch schon beachtliche Erfolge erzielt worden.

Für Industriebetriebe ist zum Beispiel der Wasserpreis bei

Trinkwasser aus dem öffentlichen Netz sieben- bis zehnmal höher als bei der Wasserentnahme aus fließenden Gewässern, und dieser ist wiederum nur halb so hoch wie bei der Nutzung von Grundwasser. Ergebnis dieser Regelung ist, daß die anteilige Wasserentnahme aus dem öffentlichen Trinkwassernetz durch die Industrie von 22 Prozent 1975 auf 14 Prozent 1985 gesenkt werden konnte – eine beachtliche Entwicklung, ohne die die Versorgung manches großen Neubaugebietes problematisch geworden wäre.

Umweltschutz in der DDR ist jedoch mehr als staatliche oder betriebliche Aufgabe, denn er findet auf vielfältige Weise eine breite demokratische Mitwirkung der Bürger. Das beginnt mit dem „Mach-mit“-Wettbewerb der Nationalen Front, umfaßt die Bürgerinitiative in der Sekundärrohstoff- und Abfallverwertung, das Landprogramm zur Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung und erstreckt sich bis hin zur Beteiligung an der Landschaftsgestaltung und Landschaftspflege. In diesen Rahmen gehört die FDJ-Initiative „Gesunder Wald“ in der gleichen Weise wie die Beteiligung Tausender freiwilliger Helfer bei Aufräumungsarbeiten in schnee- und sturmgeschädigten Wäldern, bei Pflanzaktionen oder der Beräumung von Wasserläufen. Hierzu zählt die unverzichtbare Arbeit der vielen ehrenamtlichen Naturschutzhelfer und Umweltspektoren genauso wie die so erfolgreiche Arbeit der Gesellschaft für Natur und Umwelt des Kulturbundes, der Urania, der KdT, des Anglervereins, des VKSK oder der Jagdgesellschaften, die insgesamt sowohl das Umweltbewußtsein fördern als auch in praktischer ehrenamtlicher Arbeit ganz wesentliche Beiträge zum Umweltschutz leisten.

Staatspolitik, ökonomische Strategie und weiter Raum für Bürgerinitiativen gewährleisten in der DDR, daß langfristige harmonische Verhältnisse die Wechselbeziehungen zwischen Gesellschaft und Umwelt bestimmen können. Diese Voraussetzungen hat unsere Partei so mitgeschaffen, und bei ihrer weiteren Verbesserung werden christliche Demokraten auch künftig zuverlässige Partner sein. Worauf es aber vor allem ankommt, ist eine engagierte Mitwirkung aller. Dazu mit unserer politisch-ideologischen Arbeit beizutragen, dafür bei unseren Mitgliedern die erforderlichen Haltungen und Einstellungen zu fördern und zu festigen, das gebietet uns christliche Verantwortung und demokratische Verpflichtung auch für unsere künftige Parteiarbeit.

Nun ist Umweltschutz im Einzelfall natürlich immer auch eine ganz konkrete Sachaufgabe. Wie sieht es damit in der DDR auf wichtigen Gebieten aus? Beginnen wir mit den Abfällen der Produktion, den sogenannten Abprodukten – Stof-

fen, die nicht verwertet werden und die nicht selten die Umwelt belasten.

Abproduktnutzung – ein Vorteil für Ökonomie und Ökologie

Es steht wohl außer Frage, daß Abprodukte die ökonomische Effektivität verringern, denn Abprodukte sind immer nicht genutzte Rohstoffe und sehr häufig Schadstoffe für die Umwelt.

Abprodukte grundsätzlich zu vermeiden bzw. sie als Sekundärrohstoffe wieder einzusetzen bedeutet folglich ökonomischen und ökologischen Gewinn. Zugleich zeigt dieser Zusammenhang, daß Ökonomie und Ökologie sich durchaus nicht immer im Gegensatz befinden müssen. Vielmehr erwächst gerade daraus – verbunden mit den steigenden technischen und technologischen Möglichkeiten – die Gewißheit, daß eine ökologisch verantwortbare Ökonomie letzten Endes auch finanzierbar und damit realisierbar ist.

Daß es sich dabei für die DDR durchaus um volkswirtschaftlich relevante Mengen handelt, zeigen die folgenden Beispiele. So besteht bereits heute der Rohstoffeinsatz für die Stahlherstellung zu 75 Prozent aus Stahlschrott. Fast die Hälfte der Papier- und Pappeproduktion basiert auf Altpapier und fast ein Drittel der Behälterglasproduktion auf Altglas. Die anteilige Verwendung von Sekundärrohstoffen senkt aber in der Regel auch den Energieaufwand ganz erheblich (so in der Papierherstellung um die Hälfte, bei Glas und Stahl auf ein Zehntel, bei Aluminium auf ein Siebentel).

Im Mineralölwerk Lützkendorf wurde ein Verfahren zur Nutzung von Säureharz eingeführt. Etwa 6 000 Tonnen dieses Abproduktes können danach zu einer zusätzlichen Menge von 2 000 Tonnen Schwefelsäure aufbereitet werden, die volkswirtschaftlich sehr gefragt ist. Im Chemiekombinat Bitterfeld wurde aus Manganschlamm Mangansulfat aufbereitet mit einem jährlichen Rohstoffwert von 10 Millionen Mark. Im VEB Kalibetrieb „Werra“ Merkers werden durch Tiefkühlung aus Ablaugen jährlich 28 000 Tonnen Reinkali bester Qualität gewonnen und im VEB Petrolchemisches Kombinat Schwedt nahezu 100 Prozent der in den Abwässern enthaltenen Phenole und Öle.

Werden statt neuer Rohstoffe aus der Natur Sekundärrohstoffe verwendet, sinken die Rohstoffkosten um bis zu 75 Prozent. Der tatsächliche Nutzen ist aber noch weitaus größer, denn Importe werden eingespart, Naturreichtümer geschont und Umweltbelastungen gemindert. Es verringern sich die Kosten für Reinigungsanlagen, das Anlegen und Bewirtschaften

von Halden und Deponien und die Inanspruchnahme von Boden.

Im Zuge der Intensivierung der Volkswirtschaft ist die Abproduktnutzung zu einer entscheidenden Wachstumsquelle geworden und ist zugleich eine der wichtigsten Maßnahmen zur Erhaltung der Umwelt. Mit dem Fünfjahrplan 1986 bis 1990 wird deshalb die Aufgabe gestellt, den Sekundärrohstoffanteil von 12 Prozent 1985 auf 14 bis 15 Prozent 1990 zu erhöhen. 1970 betrug dieser Anteil noch 7 Prozent. Das ist eine auch international beachtete Entwicklung, die die Sekundärrohstoffnutzung von 30 Millionen Tonnen 1985 auf 35 bis 37 Millionen Tonnen 1990 erhöhen wird.

Zur Zeit handelt es sich dabei vor allem um die schon traditionellen Sekundärrohstoffe wie Schrott, Altpapier und Alttextilien, die ca. 70 Prozent der gesamten Sekundärrohstoffe ausmachen. Vor allem die jährlich anfallenden über 50 Millionen Tonnen industrieller Abprodukte belasten aber die Umwelt, und bei ihrer Wiederverwendung ist noch viel zu tun. Das betrifft z. B. die Sulfitablauge der Zellstoffindustrie, phenolhaltige Abwässer der Chemie oder die Asche aus Kraftwerken. Vor allem hier müssen Wissenschaft und Technik ansetzen, um solche Verfahren zu entwickeln, die Abprodukte vermeiden oder erneut nutzen können.

Ähnlich liegen die Verhältnisse beim Abprodukt Energie und die rationellen Energieanwendung. Hier sind die Reserven so groß, daß der Fünfjahrplan bis 1990 vorsieht, die Steigerung der Warenproduktion um 22 Prozent mit einem Primärenergiezuwachs von nur 1,1 Prozent zu erreichen. Mindestens 70 Prozent des benötigten Energiezuwachses sollen aus Einsparungen gedeckt werden. Das entlastet allein schon deswegen die Umwelt, weil so weniger Rohbraunkohle abgebaut und verbrannt werden muß.

Aber die bessere Verwertung von Rohstoffen und Energie ist nicht der Hauptweg. Das ist vielmehr die abproduktarme bzw. abproduktfreie Produktion — denn das dient der Umwelt und der Wirtschaft am besten. Gerade auf diesem in vielen Betrieben noch neuem Weg muß es künftig noch besser gelingen, Wirtschaftswachstum und Umweltschutz als Einheit zu realisieren.

Das ist eine Zielstellung, die auch für die rationelle Verwendung der Wasserressourcen von großer Bedeutung ist, damit sich

immer mehr zu einer Einheit entwickeln. Wasser gehört zu den wichtigsten Naturressourcen. Es ist Lebensgrundlage für Menschen, Tiere und Pflanzen und zugleich einer der wichtigsten Roh- und Hilfsstoffe für Industrie und Landwirtschaft. Überall wird Wasser gebraucht, sein Vorkommen ist auf der Erde jedoch ebenso unterschiedlich verteilt wie die Niederschlagsmengen.

Über 97 Prozent aller Wasserressourcen der Erde sind im Salzwasser der Ozeane und Meere enthalten, und mehr als 75 Prozent der Süßwassermenge ist im Polareis und in Gletschern gespeichert. Das Grundwasser umfaßt 22 Prozent der Süßwasserressourcen, wovon allerdings weniger als die Hälfte erschließbar ist. Der größte Teil liegt in Tiefen über 800 m und ist nur schwer zugänglich. Nur 1 Prozent der Süßwasserressourcen entfallen auf Flüsse und Seen, und ein weiteres Prozent binden die Organismen der Pflanzen, Tiere und Menschen. Nur der Bruchteil eines Prozentes der Wasserressourcen der Erde ist folglich der menschlichen Ernährung direkt zugänglich. Bereits diese Bilanz verweist auf die Notwendigkeit eines sparsamen Umganges mit Trinkwasser.

Das wird immer dann zusätzlich bekräftigt, wenn Schreckensmeldungen über Dürrekatastrophen und ihre Folgen um die Welt gehen. Zeigt sich doch gerade dann die unterschiedliche Verteilung der Trinkwasservorräte wie der Niederschlagsmengen. Tropische Regenwälder erhalten eine mittlere jährliche Niederschlagsmenge von 2 000 Millimeter, in unseren Breiten sind es etwa 500–600 Millimeter, in Trockengebieten aber nur wenige Millimeter Niederschlag. Es ist keine Frage, daß Wasser in diesen Gebieten „mit Gold“ aufgewogen wird.

Aber auch die nicht gerade wasserarmen Industrieländer sind immer stärker auf eine rationelle Wasserverwendung orientiert, denn der Wasserbedarf der Bevölkerung, der Industrie und der Landwirtschaft hat Größen erreicht, die das Wasserdargebot immer mehr ausschöpfen. So werden international im Durchschnitt zur Produktion von nur einer Tonne bei Stahl 50 Tonnen Wasser, bei Farbstoffen 500 Tonnen, bei Kunstseide 1 500 Tonnen, bei Kunstfasern 2 500 Tonnen Wasser benötigt, und selbst die Produktion einer Tonne Getreide erfordert heute zwischen 300 und 500 Tonnen Wasser. Ganz zu schweigen vom Bevölkerungsbedarf, der vor allem in den Neubaugebieten erheblich angewachsen ist.

Es liegt auf der Hand, daß diese intensive Nutzung ohne entsprechende Gegenmaßnahmen eine enorme Belastung des Wassers durch Fremdstoffe zur Folge haben kann. Der Schutz

der Wasserressourcen wird deshalb immer notwendiger, aber eben auch immer aufwendiger. Welche Dimensionen dabei teilweise schon erreicht werden, wird sichtbar, wenn man bedenkt, daß zum Beispiel die Saale bis zur Mündung siebenmal durch die anliegenden Industriebetriebe geflossen ist. Ein augenfälliges Beispiel für Wasserreinigungskosten bieten auch die Betriebe des Baikargebietes in der UdSSR, wo der Einbau modernster, hocheffektiver Reinigungssysteme noch einmal fast 25 Prozent des Grundmittelwertes der Industriebetriebe erfordert hat. Nicht zu vernachlässigen ist auch der Elektroenergiebedarf zur Ver- und Entsorgung von Trinkwasser. Für jede Tonne Trinkwasser, die gebraucht und als Abwasser gereinigt wieder abgeleitet wird, ist so viel Elektroenergie erforderlich, daß eine 60 W-Glühlampe davon 11 Stunden brennen kann. Sparsamer Wasserverbrauch entlastet folglich auch die Energiebilanz.

Ökologische und ökonomische Gründe gebieten deshalb eine rationelle Wasserverwendung, und die DDR ist dazu infolge ihres vergleichsweise geringen Wasserdargebotes besonders gefordert. Mit jährlich 800 m^3 je Einwohner liegt es weit unter dem Weltdurchschnitt von $10\,000 \text{ m}^3$ je Einwohner. Die Folge davon ist, daß je nach Trockenheit des Sommers bereits heute 50 bis 90 Prozent des Wasserdargebotes genutzt werden muß.

Es gibt in der DDR ca. 20 000 km Wasserläufe und etwa 13 200 stehende Gewässer mit einer Wasserfläche von rund 140 000 Hektar. 190 Talsperren und Speicher regulieren die Wasserhaltung mit einem Gesamtstauraum von 1,4 Milliarden m^3 . 164 davon wurden seit Gründung der DDR gebaut. Weitere wichtige wasserbauliche Objekte sind 2 720 Wehre und Schleusen, 165 Schöpfwerke und 4 300 km Deiche. Für die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung sowie die Abwasserbehandlung sorgen ca. 6 000 Wasserwerke und 1 000 kommunale Kläranlagen.

Bei durchschnittlichen Niederschlägen wird auch in den nächsten Jahren das verfügbare Wasserdargebot ausreichen, um den wachsenden Bedarf zu decken. Kompliziert wird die Situation in Trockenjahren, und das erfordert eine konsequente Fortsetzung aller Maßnahmen zur rationellen Wasserverwendung. Es erfordert auch, die bereits erreichten Ergebnisse zur immer besseren Bewirtschaftung des Dargebotes mit modernen Methoden und Technologien weiter auszubauen. Der Fünfjahrplan 1986–1990 sieht vor, die wachsende Industrieproduktion mit gleichbleibendem Wassereinsatz vor allem durch Mehrfachnutzung und den Übergang zu geschlossenen Wasserkreisläufen zu erreichen und so den spezifischen Wasserbedarf um 25 Prozent zu senken. Gleichzeitig soll die Ab-

wasserlast um 7 bis 8 Millionen Einwohnerequivalente (durchschnittliche Abwasserlast je Einwohner) gesenkt werden. Daß solche Zielstellungen durchaus real sind, zeigen die Ergebnisse des vergangenen Fünfjahrplanes. Hier ist es gelungen, den spezifischen Wasserverbrauch der Industrie um über 20 Prozent und die Abwasserlast um 5 Millionen Einwohnerequivalente zu verringern.

Immer mehr wird der sorgsame Umgang mit dem Wasser auch dadurch bestimmt, die Abwasserqualität zu verbessern. Dem dient die Wertstoffrückgewinnung aus dem Abwasser ebenso wie die verbesserte Auslastung vorhandener und der Bau neuer Kläranlagen. Vor allem aber steht vor Industrie und Landwirtschaft die große Aufgabe, wassersparende bzw. wasserfreie Technologien zu entwickeln und so konsequent den Wasserbedarf, den Abwasseranfall und die Abwasserlast zu senken.

Daß neben der Industrie in diesem Zusammenhang auch die Landwirtschaft genannt wird, trägt der Entwicklung Rechnung, die durch die heutigen industriemäßigen Produktionsmethoden der Landwirtschaft zu beachten ist. Am deutlichsten wird das wohl an solchen Fakten, wonach die heutige Schmutzlast der Gülle zumindest an organischer Substanz mit über 40 Millionen Einwohnerequivalenten die Schmutzlast der Industrie erreicht hat. Eine 2 000er Milchviehanlage bringt eine organische Schmutzlast, die der Abwasserlast einer Stadt wie Neustrelitz entspricht, und bei einem Schweinezucht- und Mastkombinat mit 25 kt Jahresproduktion entspricht die organische Schmutzlast der Abwasserlast einer Großstadt wie Dresden.

Das zeigt, daß die Beherrschung der Güllewirtschaft zu einem entscheidenden Faktor bei der Reinhaltung der Wasserressourcen geworden ist. Von nahezu allen Fachleuten wird eine ökologisch und volkswirtschaftlich vertretbare Lösung dieses Problems vor allem in einer Senkung des Wassergehalts der Gülle und in der Güllekompostierung mit anderen organischen Substanzen gesehen. Ihre Beherrschung wird in den nächsten Jahren zu einer erstrangigen Aufgabe der Landwirtschaft.

Stärkere Beachtung verdient auch die Tatsache, daß landwirtschaftliche Nutzfläche immer auch wasserwirtschaftliche Nutzfläche ist. Ackerboden ist zugleich Auffangfläche der Niederschläge für die Bildung der Wasservorräte im Grundwasser und in den abfließenden Oberflächengewässern. Die gestiegene Nitratbelastung des Grundwassers in manchen Territorien weist hier auf einen ebenso ernsten Zusammenhang hin wie die wachsende Eutrophierung der Seen und Teiche. Es ist sicher als segensreich zu bezeichnen, daß inzwischen finanzielle

Stimuli den sparsamsten Minereraldüngereinsatz ebenso fördern wie die bereits an vielen Stellen erprobte EDV-Düngungsempfehlung — ganz zu schweigen von den modernen Biotechnologien, die ganz erheblich zu einer wieder mit weniger Chemie betriebenen Landwirtschaft beitragen werden. Aus dem gleichen Grunde ist die stärkere Hinwendung zum integrierten Pflanzenschutz zu begrüßen, der unter anderem durch die biologische Schädlingsbekämpfung als Teilalternative dazu beitragen kann, ohne Ertragsausfälle mit weniger Chemie auszukommen. Das gilt in gleicher Weise für die mechanische Unkrautbekämpfung.

Hinsichtlich der Abwasserbehandlung der Industrie und der Kommunen sind in der letzten Zeit beachtliche Fortschritte erreicht worden. Hunderte von Betrieben haben neue Verfahren zur Aufbereitung oder zur abwasserarmen Produktion eingeführt. In Schwedt, Schwarzheide, Espenhain und Buna gingen große Industriekläranlagen in Betrieb, und im neuen Fünfjahrplan gibt es allein 16 Staatsplanthemen zur Senkung der Abwasserlast.

Beispielhaft für solche kommunalen Anstrengungen ist Berlin. Hier wurde 1986 die erste Ausbaustufe der neuen Kläranlage Berlin-Nord in Betrieb genommen, die bis zu einer Leistung von 250 000 m³/Tag ausgebaut wird. Erstmals in der DDR wurden drei Berliner Kläranlagen nach der mechanischen und der biologischen mit einer dritten, der chemischen Reinigungsstufe ausgestattet, die zu ca. 90 Prozent den Abbau der Phosphate aus dem Abwasser gewährleistet.

Auch zum Schutz der Ostsee gibt es im Rahmen der Ostseekonvention beachtliche Fortschritte. 16 Kläranlagen in Städten und Gemeinden wurden dazu in Betrieb genommen, zum Beispiel in Kühlungsborn, Saßnitz, Barth, Wismar, Bützow, Bergen und Göhren, ferner die Industriekläranlagen im Düngemittelwerk Rostock, in einer Reihe von Zuckerfabriken und in der der Hafenwirtschaft Rostock. Bis 1990 ist vorgesehen, und in der Stadt Rostock eine biologische Kläranlage zu errichten, und mit dem Bau von weiteren 51 Kläranlagen wird begonnen.

Die DDR unternimmt große Anstrengungen, die sich immer mehr auszahlen. Die Trinkwasservorräte sind in etwa 10 200 Schutzgebieten geschützt. Die rationelle Wasserverwendung ist eine bedeutende gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Aufgabe. Die Abwasserlast wird Schritt um Schritt gesenkt. Wert- und Sekundärrohstoffe werden zunehmend aus dem Abwasser zurückgewonnen. Die Wasserversorgung ist für heute und nach heutigem Erkenntnisstand auch für die Zukunft gesichert. Einige Oberflächengewässer sind spürbar sauberer geworden — andere werden folgen.

Auf unserer Erde gibt es gegenwärtig etwa 1,5 Milliarden Hektar Ackerland, 3 Milliarden Grasland und 4,5 Milliarden Hektar produktive Weide. Wie Luft und Wasser wird auch der Boden zunehmend durch Schadstoffe belastet, und jährlich geht ein bedeutender Anteil landwirtschaftlicher Nutzfläche durch Erosion, Versteppung oder die Ausbreitung von Wüsten verloren, oder er wird einer anderen Nutzung durch Industrie, Bauwesen und Verkehr zugeführt.

Allein der Vormarsch der Sahara hat bereits über 100 Millionen Hektar Land in Wüste verwandelt, und bis zum Jahre 2000 schätzt man weltweit weitere Verluste von 700 Millionen Hektar. Jährlich geht gegenwärtig soviel Boden durch Versteppung und Wüstenausbreitung verloren, wie die DDR landwirtschaftliche Nutzfläche hat. Das ist ein enormer Verlust und zeigt, wie lebensnotwendig der Schutz des Bodens ist.

Das bezieht sich auch auf seine Belastung mit Schwermetallen. Zwar ist das in unserem Lande noch kein akutes Problem, niemand sollte es aber wegen der kaum meßbaren Einträge vernachlässigen. Hier zählen auf Dauer auch kleinste Mengen, da Schwermetalle kaum ausgewaschen werden und sie so ständig kumulieren. Über ihre Einlagerung in Pflanzen kann letztlich auch der tierische und menschliche Ernährungskreislauf immer mehr mit ihnen angereichert werden. Wird diese Situation erst einmal akut, könnte es zu spät sein. Wir unterstützen deshalb alle Maßnahmen, die bereits heute die Emission von Schwermetallen einschränken.

Diese Unterstützung bezieht sich in der gleichen Weise auf die Erhaltung des Bodenfonds. Der Bodenentzug zur anderweitigen Nutzung beträgt allein in der DDR durch die unterschiedlichsten Maßnahmen jährlich rund 10 000 Hektar (Wohnungsbau, Industrie, neue Tagebaue). Das ist eine bedeutende Fläche und verlangt konsequente Maßnahmen, um das Vorhandene noch intensiver zu nutzen, die Bodenfruchtbarkeit zu erhalten und zu verbessern, die Ertragsfähigkeit zu erhöhen und die Hektarerträge zu steigern. Große Mittel werden deshalb in der DDR für Meliorationsmaßnahmen eingesetzt. Im Ergebnis dessen können zur Zeit zum Beispiel 1,2 Millionen Hektar bewässert werden. Im Durchschnitt der Jahre ist der Ertrag auf diesen Flächen um 25 Prozent höher als auf vergleichbaren Flächen ohne Melioration.

All das ist notwendig, denn mit 0,37 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche je Einwohner gehört die DDR zu den Ländern mit der geringsten Anbaufläche. Um sie zu vergrößern, wurden in den 70er Jahren ca. 20 000 Hektar Un- und Ödland systema-

tisch für die land- bzw. forstwirtschaftliche Nutzung erschlossen. Abgeschlossene Deponien wurden rekultiviert und ehemalige Tagebaue wieder der landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt. Leider wurde dabei nicht immer sorgfältig vorgegangen, so daß auch seltene Feucht- oder Ödlandbiotope verlorengegangen sind, oder das Beseitigen der Feldgehölze hat zwar die landwirtschaftliche Nutzfläche vergrößert, zugleich aber die Bodenerosion verstärkt — ganz zu schweigen von der Biotopvernichtung für viele landwirtschaftliche Nützlinge.

Zwar wurden inzwischen wieder über 6 Millionen Bäume als Erosionsschutz angepflanzt, nach wie vor müssen jedoch 1,8 Millionen Hektar als erosionsgefährdet angesehen werden und bedürfen weiterer erosionsverhütender Maßnahmen. Das bezieht sich auch auf die neuen Grüngürtel um industrielle und landwirtschaftliche Anlagen als Staubfilter und Lärmschutz wie zur Gestaltung des Landschaftsbildes.

Besondere Bedeutung hat der Bodentzug durch den Braunkohlentagebau. Dadurch gehen jährlich etwa 2 500 Hektar verloren, und bisher sind in der DDR insgesamt mehr als 50 000 Hektar ehemaliger Bergbaufläche rekultiviert worden. Lange bevor die Förderbrücken in Aktion treten, ist bereits genau festgelegt, wie das Gelände später gestaltet wird, und in den letzten Jahren ist mehr Fläche rekultiviert als neu in Anspruch genommen worden.

Jährlich stehen für die Bewirtschaftung dieser Flächen und die Erhöhung ihrer Bodenfruchtbarkeit rund 50 Millionen Mark aus dem Staatshaushalt zur Verfügung. Die Erträge auf solchen Flächen liegen bereits zwischen 32 und 47 Dezitonnen Getreideeinheiten je Hektar. Forstwirtschaftlich genutzte Flächen werden vor allem mit der produktiven Kiefer bebaut, aus Tagebaurestlöchern entstehen Wasserreservoirs, Fischproduktionsgewässer und zumeist auch attraktive Naherholungsgebiete. So entstehen allein im Süden von Leipzig durch Rekultivierung ein zusammenhängender Gürtel von 1 400 Hektar Wald sowie 4 600 Hektar Seen. Das ist für ein Gebiet mit starker Umweltbelastung von großer Bedeutung und wird auch zur Verbesserung der Luftqualität beitragen.

gehört wohl zu den schwierigsten, kostenaufwendigsten und zugleich dringlichsten Umweltaufgaben. Sie ist schwierig, weil eine Vielzahl industrieller, landwirtschaftlicher und kommunaler Schadstoffemissionen unterschiedlichster Konzentration und Zusammensetzung auftreten, deren Verhinderung komplexe Veränderungen und Ergänzungen vorhandener technologischer Abläufe erfordert. Oft sind sogar die Verfahren zur Schadstoffrückhaltung wissenschaftlich noch zu klären bzw. sind die großtechnischen Umsetzungen von Laboranlagen mit komplizierten technologischen Problemen behaftet.

Alle diese Maßnahmen sind daher oft außerordentlich kosten- und materialintensiv. Sie erfordern meist bedeutende zusätzliche Investitionen und verringern so die bisherige Produktionseffektivität. Überall, wo solche Anlagen nachgerüstet werden, entstehen für den Betreiber deshalb zunächst Kosten. Das war in der Vergangenheit und ist sicher noch heute der wichtigste Hemmschuh für größere Fortschritte auf diesem Gebiet. Wenn man bedenkt, daß die Entstaubungs-, Entschwefelungs- und Entstickungsanlagen eines Großkraftwerkes den Investaufwand des eigentlichen Kraftwerkes erreichen können, wird deutlich, daß es sich dabei nicht nur um subjektive Vorbehalte, sondern oft um objektive Zwänge handelt. Andererseits ist solches nur auf den Anlagenbetreiber zugeschnittene Kostendenken aus volkswirtschaftlicher Sicht kurzfristig, denn oft verursachen die Schadstoffemissionen an ganz anderer Stelle große ökonomische Schäden, deren Beseitigung die Kosten der Reinigungsanlagen um einiges übertreffen kann (z. B. neuartige Waldschäden, Korrosionsschäden an Gebäuden und Anlagen).

Ganz bewußt sind hier zunächst ökonomische Zusammenhänge angesprochen worden, denn gesundheitliche Beeinträchtigungen durch Luftschadstoffe stehen für ökonomische Vorteile natürlich niemandem zur Disposition. Genau daraus erwächst aber die Dringlichkeit schneller und spürbarer Verbesserungen, denn wo Wälder und Bauwerke beeinträchtigt werden, ist letztlich auch die Gesundheit des Menschen gefährdet, denn er atmet die gleiche Luft. Die Sorge vieler Menschen ist hier völlig verständlich, und mit Recht fordern sie Auskunft zum Umfang der Gefährdung und zum Wann und Wie der Gegenmaßnahmen.

In dieser Hinsicht wurde mit der Neufassung der Fünften Durchführungsverordnung zum Landeskulturgesetz — Reinhaltung der Luft — vom 27. 3. 1987 für die DDR ein weiterer wichtiger Schritt eingeleitet. Diese Verordnung legt fest, daß

zum Schutz der Gesundheit des Menschen für die Schadstoffbelastung Immissionsgrenzwerte (MIK-Werte) festzulegen sind, die eine Gesundheitsgefährdung nach dem heutigen Erkenntnisstand ausschließen. Gleichzeitig wird bestimmt, für schadstoffemittierende Anlagen Emissionsgrenzwerte festzulegen, die dem Höchststand der Technik entsprechen und die Einhaltung der Immissionsgrenzwerte gewährleisten. Darüber hinaus werden die Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Betreiber und der staatlichen Organe für die Einhaltung und für die Kontrolle der Einhaltung der MIK-Werte und der Emissionsgrenzwerte festgelegt und wird zugleich bestimmt, daß sie immer dem neuesten Erkenntnisstand anzupassen sind. Die 5. DVO regelt darüber hinaus weitergehende Verhaltensmaßnahmen für Inversionswetterlagen, die mit Smog verbunden sind.

Das alles sind wichtige und richtige Maßnahmen, deren Verwirklichung einen ganz entscheidenden Beitrag zur Reinhaltung der Luft leisten kann – vorausgesetzt es gelingt auch die technische Realisierung, und die grenzwertüberschreitende Belastung wird dem betroffenen Bürger in verständlicher Weise bekanntgegeben, um Spekulationen, Verunsicherungen und daraus resultierende kritische Verärgerung abzubauen. Wir werden uns auch künftig für solche Bürgerinformation einsetzen. Das bezieht sich vor allem auf die Luftschadstoffe Staub, Schwefeldioxid (SO_2) und die Stickoxide (NO_x), die noch immer die wichtigsten Luftschadstoffe in der DDR sind. In der Senkung der Staubmission sind sowohl territorial als auch insgesamt in den letzten Jahren Fortschritte erzielt worden. Durch den Einbau und die Rekonstruktion von Entstaubungsanlagen und neue Technologien ist die Staubemission in der DDR in den letzten 15 Jahren um fast 30 Prozent gesunken. Nach wie vor ist sie jedoch in manchen Territorien sehr hoch, ist sie gerade dort weiter zu senken. Nach dem Stand der Technik sind wir dazu in der Lage. Die Realisierung ist jedoch auch eine Folge der materiellen und finanziellen Möglichkeiten der Anlagenbetreiber, die weiter und, wo es geht, noch konzentrierter auf den Betrieb einer hocheffektiven Entstaubungstechnik ausgerichtet werden sollten.

Kompliziert ist die Lage bei SO_2 . Hier ist zwar im Zeitraum von 1981–1985 durch die Einsparung von Primärenergie in einem Äquivalent von 60 Millionen Tonnen Rohbraunkohle der zusätzliche Ausstoß von ca. 1 Million Tonnen SO_2 vermindert worden, und im laufenden Fünfjahrplan ist die Einsparung eines Äquivalentes von 80 Millionen Tonnen vorgesehen – die Rohbraunkohlenutzung ist aber dennoch weiter gestiegen und mit ihr die SO_2 -Emission. Um hier eine durchgreifende

Verbesserung zu erreichen, wurde ein ganzes Bündel von Maßnahmen beschlossen. Sie betreffen

- die weitere Verringerung des Energieverbrauches, insbesondere der vermeidbaren Energieverluste,
- die stärkere Sekundärenergienutzung,
- den Ausbau der Wärme-Kraft-Kopplungen,
- den weiteren Ausbau der Fernwärmeversorgung,
- die Kohleveredlung,
- die breitere Anwendung der Wirbelschichtfeuerung,
- den Verzicht auf neue Kohlekraftwerke und
- entscheidende Fortschritte in der Rauchgasentschwefelung.

Das in der DDR entwickelte Kalkstein-Additivverfahren, mit dem bei der Kohleverbrennung entstehendes Schwefeldioxid „trocken“ gebunden wird, wurde in einem längeren Dauerbetrieb erprobt und gelangt in Kraft- und Heizkraftwerken, so in Karl-Marx-Stadt und Leipzig, zum Einsatz. Im Heizkraftwerk Berlin-Rummelsburg wird die erste Anlage in der DDR nach einem Naßverfahren errichtet. Intensiv wird an einem umfassenden Forschungsprogramm für neue leistungsfähige Entschwefelungsanlagen für Dampferzeuger unterschiedlicher Größe gearbeitet. 25 unterschiedliche Verfahren werden getestet. Es geht dabei um hohe Reinigungsleistungen ebenso wie um die zusätzliche Gewinnung solcher Rohstoffe wie Schwefel, Schwefelsäure, Gips und Düngemittel. Insgesamt soll dadurch erreicht werden, die SO_2 -Emission bis 1993 gegenüber 1980 um 30 Prozent zu verringern, wozu sich die DDR als Mitunterzeichner einer internationalen Konvention 1985 in Helsinki verpflichtet hat.

Etwas günstiger liegen die Verhältnisse bei der Emission von Stickoxiden (NO_x). Infolge der niedrigen Verbrennungstemperaturen der Braunkohle und des Gemisches in den Zweitaktmotoren der Kraftfahrzeuge umfassen sie nur ein Zehntel der SO_2 -Emissionen. In der BRD ist dieses Verhältnis etwa 1 : 1, und im Großraum Los Angeles in den USA ist die NO_x -Emission dreimal so hoch wie die SO_2 -Emission. NO_x wird von den meisten Wissenschaftlern als Hauptverursacher für die neuartigen Waldschäden angesehen, so daß der Senkung der NO_x -Emission eine große Bedeutung zukommt.

Die DDR gehört zu den wenigen europäischen Staaten, in denen der Stickoxid-Ausstoß in den letzten Jahren gesenkt werden konnte. Allein im Verkehrswesen ging er in den letzten fünf Jahren um 15 Prozent, in der gesamten Volkswirtschaft um ein Drittel zurück. Erreicht wurde das durch Opti-

mierung der Fahrzeugtransporte, ihre zunehmende Verlagerung auf Schiene und Binnenwasserstraßen bis hin zur Festlegung von Tempolimiten im Straßenverkehr. Bis 1990 werden weitere 1 500 Kilometer Eisenbahnstrecke elektrifiziert und der Anteil des elektrischen Zugbetriebes auf etwa 60 Prozent ansteigen. In der gleichen Zeit werden die Leistungen der Binnenschifffahrt auf 145 Prozent gesteigert. Auf diese Weise wird neben den bedeutenden energetischen Effekten zugleich eine weitere Entlastung bei Stickoxiden erreicht.

Die Verbesserung der Lufthygiene ist der gegenwärtige Schwerpunkt des Umweltschutzes in der DDR. Deshalb unterstützen christliche Demokraten mit ganzer Kraft durchgreifende Maßnahmen vor allem zur Minderung der Staub-, der SO₂- und der NO_x-Emission. Wir sehen in der Ausarbeitung und Durchsetzung einer langfristigen Konzeption zur Lufthygiene ein zwingendes Erfordernis.

Die Verringerung der Schadstoffbelastung der Luft ist nicht nur für die Gesundheit der Menschen wichtig, sondern dient zugleich der Erhaltung der Wälder, deren Bestand auch in der DDR zumindest territorial gefährdet ist.

Die Erhaltung der Wälder

durch eigene und durch international vereinbarte, grenzüberschreitende Maßnahmen hat deshalb große Bedeutung. Die Wälder gehören zu den wichtigsten Naturressourcen unseres Landes. Sie beliefern die Wirtschaft mit so bedeutsamen Rohstoffen wie Holz und Harz, sie beeinflussen das Klima und den Wasserhaushalt, sie sind Luftfilter, schützen den Boden vor Erosion und Austrocknung, und sie sind nicht zuletzt bedeutende Erholungsstätten.

Waldschäden zu vermeiden berührt folglich vielfältige Dimensionen – ökonomische, ökologische und soziale. Territorial wird hier die eine, dort die andere Interessenlage dominieren, insgesamt verlangt diese Mehrfachnutzung aber einen ausgewogenen Interessenausgleich – zum Nutzen aller Partner. Geschädigte oder in ihrer Vitalität beeinträchtigte Wälder haben auch in der DDR die Sensibilität der Bürger für Waldschäden erhöht und staatliche und gesellschaftliche Gegenmaßnahmen forciert. Wie ist die gegenwärtige Situation einzuschätzen?

Die DDR zählt mit 0,17 Hektar Wald je Einwohner zu den waldärmsten Ländern Europas. Unser Wald umfaßt mit fast 3 Millionen Hektar aber dennoch rund 27 Prozent unseres Territoriums. Die Nadelwälder nehmen 76 Prozent der Waldfläche ein, während 24 Prozent des Waldes mit Laubbäumen

bestockt sind. Die Holzvorräte betragen gegenwärtig etwa 180 m³/ha Holzbodenfläche – allerdings noch immer mit einer durch die Kriegsfolgen bedingten ungünstigen Altersstruktur.

Bei allen forstwirtschaftlichen Maßnahmen wird darauf geachtet, daß mehr Holz zuwachsen kann als eingeschlagen wird. Dem jährlichen Holzeinschlag in unseren Wäldern von rund 3,3 m³/ha steht so ein jährlicher Holzzuwachs von ca. 5,0 m³/ha gegenüber. Damit kann unter Beachtung aller Verluste durch Schädlinge, Brände, Witterungseinflüsse oder Luftverunreinigungen der Waldbestand insgesamt mindestens gehalten werden. Tatsächlich ist er in den letzten 10 Jahren sogar um etwa 15 000 Hektar gewachsen, wozu die jährlichen Aufforstungen von etwa 25 000 Hektar nicht unwesentlich beigetragen haben, durch die es in der DDR keine wesentlichen Aufforstungsrückstände gibt.

Der Wald ist mit 10 bis 11 Millionen Kubikmeter Rohholz jährlich nicht nur ein wichtiger Rohholzlieferant. In jedem Jahr stellt er der Volkswirtschaft zugleich etwa 11 500 Tonnen Rohharz, 154 000 Tierbälge sowie etwa 7 000 Tonnen Wildbret bereit und liefert darüber hinaus Wildfrüchte und Heilpflanzen.

Der gesamte Waldfonds der DDR – ob volkseigener, genossenschaftlicher, Betreuungswald oder Wald im Besitz der Kirchen – wird nach einheitlichen Grundsätzen bewirtschaftet, die in einer Waldbewirtschaftungskonzeption enthalten sind. Dort ist der Grad der Waldnutzung ebenso festgelegt wie die Wiederaufforstung mit standortgerechten Baumarten oder Maßnahmen zur Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit. In 70 Forstbaumschulen werden auf ca. 1 200 Hektar Fläche jährlich etwa 300 Millionen Forstpflanzen gezogen, und ein Teil von ihnen wird zur Rekultivierung von Bergbauflächen und Ödland sowie für Schutzpflanzungen in der offenen Landschaft eingesetzt.

Sorgen bereiten die in den letzten Jahren angestiegenen Schäden durch SO₂, Fluor, NO_x, Kohlenwasserstoffe und deren Umwandlungsprodukte wie Ozon und andere Photooxidantien. Besonders im Zusammenwirken mit Witterungsunbilden schwächen sie die Bestände und erhöhen deren Anfälligkeit für Schadinsekten, Wind- oder Schneebruch. Das alles bedingt, daß die betroffenen Wälder sowohl ihre produktiven als auch ihre landeskulturellen Aufgaben weniger erfüllen können, so daß zum Beispiel auch der Wasserhaushalt und die Erholungsnutzung ganzer Gebiete beeinträchtigt werden.

Mit einer Fülle von Maßnahmen wird versucht, Immissionschäden zu reduzieren, wobei die Züchtung und die Wiederaufforstung mit rauchverträglicheren Gehölzen sowie zusätzliche Düngungsmaßnahmen nach den bisher vorliegenden Er-

gebissen am aussichtsreichsten sind. Rauchhärtere Baumarten sind vor allem Omorika- und Blaufichte, Schwarzkiefer, Linde, Bergahorn, Espe und Eberesche, wobei innerhalb der einzelnen Arten besonders die rauchverträglicheren Einzelpflanzen selektiert und zur Vermehrung verwendet werden.

Diese Maßnahmen erstrecken sich vor allem auf die geschädigten Flächen im Osterzgebirge. Hier sind Rauchschäden keineswegs neu, erheblich zugenommen aber hat ihr Umfang. Bereits seit Mitte des vergangenen Jahrhunderts gab es an der Forstakademie Tharandt Forschungsarbeiten zu Rauchschäden, die heute entsprechend den neuen Dimensionen von der Sektion Forstwesen der TU Dresden weiter ausgebaut werden. Allein 1987 sind zum Beispiel im Gebiet des Fichtelberges auf 131 Hektar rauchhärtere Baumarten angebaut worden. „Rauchverträglich“ bedeutet aber nicht „rauchimmun“, d. h. der Senkung der Emissionsbelastung gebührt weiter die erste Aufmerksamkeit. Deshalb gibt es für das extrem belastete Erzgebirge zur gemeinsamen Senkung der SO₂-Belastung ein Regierungsabkommen der DDR mit der ČSSR, und über die verstärkten Anstrengungen zur generellen Reinhaltung der Luft wurde im vorhergehenden Abschnitt berichtet.

Die DDR ist in wachsendem Maße auch von sogenannten „neuartigen Rauchschäden“ vor allem in den Fichtenbeständen der Westhänge des Thüringer Waldes und des Harzes betroffen, die sich in der Gelbverfärbung der Nadeln und ihrem späteren Ausfall zeigen. Hier sind nach neuesten Erkenntnissen vor allem NO_x-Immissionen Schadensverursacher, die über eine Bodenversauerung zu einem Mangel an bestimmten pflanzenverfügbaren Nährstoffen (Magnesium u. a.) führen.

In einem Großversuch wurden deshalb 1986 im Thüringer Wald 3 000 Hektar geschädigte Fichtenbestände mit magnesiumhaltigem Kalk gedüngt und davon 2 500 Hektar zusätzlich mit Magnesiumflüssigdünger besprüht. Der Versuch hatte eindeutige Vitalitätssteigerungen zum Ergebnis. Das Verfahren ist zum Patent angemeldet worden, und mit großen Aufwendungen werden heute immer mehr Waldflächen planmäßig in dieser Weise in ihrer Vitalität gestärkt.

Industriell betriebene Landwirtschaft, wachsende Urbanisierung und ständige Steigerung der volkswirtschaftlichen Ressourcennutzung haben in allen Industrieländern nicht nur den Wald geschädigt, sondern sogar bereits Veränderungen im Bestand der Flora und Fauna hervorgerufen. Immer mehr Arten sind in ihrer Existenz gefährdet oder bereits verschwunden. Das betrifft auch die DDR und unter unseren Farn- und Blütenpflanzen 664 Arten – immerhin fast 38 Prozent des heimischen Bestandes, um nur ein Beispiel zu nennen.

planmäßig zu gestalten ist deshalb eine erstrangige Aufgabe geworden.

Nun sind in der Evolutionsgeschichte schon immer Arten ausgestorben, sonst gäbe es heute noch die Wälder der Carbonzeit, oder Saurier bevölkerten die Erde. Immer gab es dafür aber natürliche Ursachen – im Gegensatz zu heute, wo es erstmalig auf das Wirken des Menschen zurückzuführen ist. Jeder Artenverlust aber bedeutet den rigorosen Abbruch eines langen Evolutionsprozesses, und weitere Arten und Formen, die auf die ausgestorbene Art angewiesen sind, erlöschen mit.

Wie schwer solche Verluste wiegen, ist uns wieder klar geworden, seit wir die Gene und ihr Wirken verstehen lernen, und wir erkennen, daß Artenverlust immer auch Verlust von Genpotential ist – und zwar nach heutigem Erkenntnisstand unwiederbringlich. Wer aber vermag zu sagen, welches Genpotential wir irgendwann dringend brauchen, wenn wir beispielsweise nur daran denken, daß wir die Entdeckung des Penizillins einem bis dahin wenig beachteten Schimmelpilz zu danken haben. Unter dem Gesichtspunkt der Gentechnik könnten heute wenig beachtete Arten also zukünftig eine große Bedeutung erhalten.

Naturschutz im Sinne einer Erhaltung der Artenvielfalt unserer heimischen Tier- und Pflanzenwelt ist folglich weit mehr als allein eine kulturell-ästhetische oder eine ökologisch-wissenschaftliche Aufgabe. Letzteres war er immer schon. Heute aber wissen wir, daß damit auch handfeste ökonomische Zusammenhänge verbunden sind. Hier hat die Ökologie einen unmittelbaren Nutzen für die Ökonomie, für die heutige und für die zukünftige Volkswirtschaft.

In der DDR gibt es zur Zeit 773 Naturschutzgebiete mit einer Fläche von rund 105 000 Hektar. Die meisten davon sind weniger als 100 Hektar groß, und nur weniger als drei Prozent erstrecken sich über mehr als 1 000 Hektar. Da aber keines dieser Gebiete in der Vergangenheit von menschlicher Einflußnahme frei war, gibt es in der DDR keine Reservate ursprünglicher Natur mehr.

Etwa 80 Prozent der Naturschutzfläche sind waldbestanden. Deshalb werden sie meistens als Schutzwald, Schon- oder Sonderforst forstlich bewirtschaftet. Etwa 7 000 Hektar der Naturschutzgebiete sind Totalreservate, in denen weder gestaltet noch gepflegt wird und jeder direkte menschliche Eingriff unterbleibt. Darunter befinden sich zwei von der UNESCO bestätigte Biosphärenreservate – der Steckby-Lödderitzer Forst als einer der wertvollsten Auenwaldreste Mitteleuropas

sowie das Vessertal im Bezirk Suhl. Wo kleinflächige Sicherung der Biotope möglich ist, hat sich die Unterschutzstellung in gegenwärtig etwa 3 500 Flächennaturdenkmalen bewährt. Naturschutzgebiete können auf öffentlichen Wegen betreten werden, während das bei Totalreservaten nur zur wissenschaftlichen Betreuung gestattet ist.

Besondere Aufmerksamkeit gilt den 856 Tierarten (darunter 335 Vogelarten) und den 136 Pflanzenarten, die in der DDR unter Naturschutz gestellt sind, wobei entsprechend der Artenschutzbestimmung vom 1. 10. 1984 je nach dem Gefährdungsgrad vier Schutzkategorien eingeführt worden sind.

Kategorie a umfaßt mit den vom Aussterben bedrohten Arten die am meisten gefährdeten, für die spezielle und streng kontrollierte Schutz- und Förderungsmaßnahmen festgelegt werden. Gute Erfolge sind hier zum Beispiel mit spezifischen Horstschutzmaßnahmen und einem reichlichen Nahrungsangebot beim Fisch- und Seeadler, Uhu und Kranich erreicht worden. Nach wie vor ernst ist jedoch die Lage beim Auer- und Birkhuhn oder bei der Großtrappe, wo trotz großer Anstrengungen die Erfolge noch ausbleiben.

In Kategorie b sind die in ihrem Bestand gefährdeten Arten zusammengefaßt worden. Das betrifft zum Beispiel den Biber, der durch den Schutz in Biberschongebieten seinen Bestand von nur noch 200 Exemplaren 1952 auf heute wieder über 1 800 Exemplare erhöhen konnte. Der Weißstorch konnte mit mehr als 2 700 Brutpaaren sein Brutpotential wenigstens halten, und in mehreren Gebieten ist der ehemals stark rückläufige Sperberbestand über seinen Tiefpunkt hinweg.

Kategorie c umfaßt in der DDR schon immer seltene Arten, weil sie nur in Randzonen unseres Landes vorkommen (Tannenhäher, Triel, Kampfläufer), und Kategorie d in ihrem Bestand zu erhaltende Arten, die derzeit keiner besonderen Fördermaßnahmen bedürfen, aber zum Beispiel vor einem massenhaften Sammeln geschützt werden müssen.

Fast 19 Prozent des Territoriums der DDR werden von den zur Zeit 403 Landschaftsschutzgebieten eingenommen. Dabei handelt es sich um landschaftlich besonders reizvolle Gebiete mit hohem Wert für Urlauber, Ausflügler und Touristen. Diese Gebiete werden volkswirtschaftlich voll genutzt, aber der Charakter der Landschaft — insbesondere ihr natürlicher Reichtum und Erholungswert — darf dadurch nicht verändert werden. Sie haben Beispiele vorbildlicher Landschaftspflege zu sein. Die Landschaftsgestaltung wird verbunden mit wirksamen Maßnahmen zur Reinhaltung der Gewässer und der Luft sowie zum Schutz vor Lärm.

Zu den Landschaftsschutzgebieten gehören große Areale des

Harzes, des Thüringer Waldes und des Erzgebirges, das Elbsandsteingebirge, weite Teile des mecklenburgisch-brandenburgischen Seengebietes, das Havelgebiet, das Dahme-Spree-Seengebiet, der Spreewald, die Insel Hiddensee sowie Nord- und Ostrügen, weite Teile der Ostseeküste, Talzüge an Elbe, Saale und Mulde.

Wir christlichen Demokraten sehen in Naturschutz und Landschaftspflege eine bedeutende gesellschaftliche Aufgabe zur Erhaltung und Nutzung der Arten- und Formenvielfalt unserer heimischen Flora und Fauna, zu der wir nach Kräften beitragen. Dazu sind wir aus Ehrfurcht vor der Schöpfung ebenso motiviert wie durch unsere kulturelle, ökologische und ökonomische Mitverantwortung in Staat und Gesellschaft. Wir unterstützen die ständige gewissenhafte Erhaltung der geschützten Biotope und setzen uns dafür ein, verlorengegangenes Habitatangebot durch neue Formen der Agrarraumgestaltung zu kompensieren.

Die Mitgestaltung staatlicher Umweltpolitik

war für die CDU seit ihrer Gründung eine wichtige politische Aufgabe, und ihre Bedeutung ist mit den zunehmenden Umweltproblemen weiter gewachsen. Dabei sind wir sehr froh, daß uns dieser für uns biblische Auftrag in unserer sozialistischen Gesellschaft an der Seite derer findet, die mit uns im politischen Bündnis unseren Staat verantworten und die — wenn auch aus anderer ethischer Motivation — darunter wie wir den Schutz der Natur für den Menschen verstehen und nicht ihren Schutz vor dem Menschen. Gemeinsam sind wir angetreten, unser Lebensniveau durch ein wachsendes Leistungsniveau stetig zu verbessern und zum Wohle der heute lebenden wie der künftigen Generationen eine lebenswerte Umwelt zu erhalten und zu gestalten.

Bereits einleitend wurde gezeigt, daß die CDU schon 1950 klare Aussagen zum Umweltschutz getroffen hat. Sie stehen uns noch heute ebenso gut zu Gesicht wie die Umweltaussagen in den „Agrarpolitischen Leitsätzen“ von 1952 und unsere Mitarbeit am Naturschutzgesetz von 1954. Mit Recht können wir sagen: Wir waren eine für die Umwelt engagierte Partei seit den Anfängen unserer Republik und damit bereits zu einem Zeitpunkt, als ganz andere, damals viel schwerer wiegende Aufgaben zu lösen waren.

Umweltfragen haben uns auch in den darauffolgenden Jahren immer wieder beschäftigt. Vor allem in Vorschlägen unserer Partei zur Agrarpolitik hat es immer auch umweltpoli-

tische Aussagen gegeben. So etwa 1960, als der Arbeitskreis Land- und Forstwirtschaft beim Hauptvorstand Maßnahmen zur Verbesserung der Bodenstruktur und des Pflanzenschutzes empfahl. Bereits 1962 erarbeitete unsere Partei Vorschläge zur Mehrfachnutzung des Wassers in den Betrieben — also zur rationellen Wasserverwendung, wie wir heute sagen würden — und regte die Begrünung der Wohngebiete an, und vom 11. Parteitag 1964 gingen Hinweise zur Minderung der Luftverunreinigung, zur Verbesserung der Abwasserbehandlung und zum Schutz von Waldtieren aus. Umfangreich und detailliert hat die CDU am Landeskulturgesetz aus dem Jahre 1970 mitgearbeitet und alle seine Folgeregelungen sachkundig mitgestaltet.

Seit 1950 haben alle CDU-Parteitage umweltpolitische Aussagen getroffen, und der 16. Parteitag hat durch die erneute Bestätigung der EntschlieÙung des 14. Parteitages auch deren programmatische Aussage zum Umweltschutz übernommen, in der es heißt: „Ein dringendes Anliegen der CDU, auf das sie die Mitarbeit ihrer Mitglieder verstärkt richtet, ist die Gestaltung der Wohnumwelt und die Pflege von Natur und Landschaft, um Schönheit und Reichtum unserer Heimat zu bewahren und sie für Freizeit, Urlaub und Naherholung im Interesse des körperlichen, geistigen und emotionalen Wohlbefindens der Menschen noch stärker zu erschließen.“

Immer wieder hat die CDU ihre Mitglieder zur Mitarbeit in Landeskultur und Umweltschutz aufgefordert. Seit Jahrzehnten gibt es in vielen Ortsgruppenprogrammen konkrete landeskulturelle Zielstellungen, und die Vorstände auf allen Ebenen verwenden viel Mühe darauf, hauptamtlich und ehrenamtlich im Umweltschutz tätige Mitglieder in die Parteiarbeit einzubeziehen.

Letztendlich trug gerade diese zielstrebige Arbeit aller Vorstände dazu bei, daß den verantwortlichen staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen immer wieder Vorschläge und Hinweise zum Umweltschutz übergeben werden konnten. Viele dieser Überlegungen gingen in Gesetze, Verordnungen oder Beschlüsse der Volksvertretungen auf allen Ebenen ein und tragen so dazu bei, daß den Belangen von Landeskultur und Umweltschutz immer besser entsprochen werden konnte. Der Hauptvorstand der CDU hat die Plandiskussion zum Entwurf des Fünfjahresplanes 1986—1990 dazu genutzt, in diese Diskussion im Zusammenhang mit über 1 000 wirtschaftspolitischen, bildungspolitischen und kulturpolitischen Vorschlägen der CDU auch 48 Vorschläge zum Umweltschutz einzubringen. Sie beziehen sich auf die Planung, Leitung und Kontrolle der Umweltschutzarbeit ebenso wie auf die Öffentlichkeitsarbeit, die Intensivierung als wirksamste Umweltschutzmaßnahme, den Na-

turschutz und die Landschaftspflege sowie die Verringerung der Umweltbelastungen in Luft, Wasser und Boden. Immer wieder zeigen neue Regelungen (z. B. 5. DVO zum Landeskulturgesetz), daß diese Anregungen aufgegriffen werden.

Unsere politisch-ideologische Arbeit geht davon aus, Umweltschutz nicht losgelöst, quasi für sich zu betrachten, sondern ihn als Bestandteil der gesamten Gesellschaftspolitik zu behandeln, ihn als Teil der Wirtschaftspolitik zu sehen und ihn so in die Strategie der ökonomischen Entwicklung unseres Landes einzuordnen. So ist es uns möglich, gesamtgesellschaftliche Interessen vor Einzelinteressen einzuordnen und Lösungen vorzuschlagen, die nicht nur staatliche und wirtschaftliche Aktivitäten enthalten, sondern die auch eine breite Mitarbeit in Bürgerinitiativen ermöglichen.

Wichtige Impulse für diese Arbeit gingen und gehen von unseren Abgeordneten und Staatsfunktionären aus, die in ihren Volksvertretungen, als Mitglieder der Räte der Bezirke und Kreise oder als Vorsitzende der Ständigen Kommissionen für Landeskultur und Umweltschutz direkte Verantwortung tragen. Nicht zu unterschätzen ist die segensreiche ehrenamtliche Arbeit Tausender Unionsfreunde im Kulturbund, insbesondere seiner Gesellschaft für Natur und Umwelt, in der URANIA, der KdT, als Naturschutzbeauftragte, im VKSK oder in den Jagdgesellschaften, und immer wirksamer wird die Arbeit vieler Mitglieder als Umweltschutz- oder Emissionsbeauftragte in den Betrieben oder als Mitarbeiter in den staatlichen Umwelt- und Hygieneinspektionen. Überall wird eine ergebnisreiche Arbeit geleistet, und in vielen Betrieben, Institutionen und Massenorganisationen gehören christliche Demokraten zu den Aktivsten.

Unsere wiederholten Anregungen für eine umfangreichere Öffentlichkeitsarbeit beziehen wir auch auf die eigene Arbeit. Die im Zentralorgan der CDU „Neue Zeit“ dazu unter dem Motto „Gabe und Aufgabe“ stehende Umweltschutzserie ist wohl das beste Beispiel und hat zwischenzeitlich eine breite gesellschaftliche Anerkennung gefunden. Auch unsere Bezirkszeitungen konnten ihre Arbeit auf diesem Gebiet wesentlich verbessern, und keine Woche vergeht, ohne daß es auch dort grundsätzliche Artikel bzw. Informationen zu Landeskultur und Umweltschutz gibt.

Unsere Mitarbeit im Umweltschutz hat folglich nicht nur eine 40jährige Tradition. Mit den wachsenden Aufgaben haben auch unsere Aktivitäten zugenommen, ist unsere Verantwortung gewachsen, gibt es immer mehr Bereiche, in denen wir zu einer Verbesserung beitragen konnten. Keineswegs sind wir jedoch der Meinung, das Unsere schon getan zu haben.

Auch unter unseren Mitgliedern gibt es neben hervorragenden Initiativen noch manche passive Haltung, und die Mitgliederversammlung sollte genutzt werden, um solche Haltungen zu verändern, kritisch und zugleich konstruktiv Probleme zu diskutieren, daraus realisierbare Vorschläge abzuleiten und sie nach Möglichkeit verwirklichen zu helfen.

Wir kennen die großen Anstrengungen unseres Staates im Umweltschutz, denn wir beschließen, gestalten und verantworten sie seit jeher mit. Wer unvoreingenommen und aufmerksam prüft, was in der DDR seit Anbeginn für den Schutz von Natur und Umwelt getan worden ist, wird finden, daß dieses Ringen auf vielen Gebieten Fortschritte gebracht hat. Er wird zugleich finden, daß niemand mit dem Erreichten zufrieden ist. Die verantwortlichen Organe teilen die Sorge um die noch ungelösten Umweltfragen, sie kennen die sich daraus ergebenden Aufgaben, und mit großer Verantwortlichkeit wird um ihre schrittweise Lösung gerungen. Dafür gibt es klare Konzeptionen für die Zukunft und umfangreiche Maßnahmen, die in die Pläne eingeordnet sind – einschließlich der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung, wo Lösungen erst noch gefunden werden müssen. Ihre ganze Kraft setzt die CDU dafür ein, diese Umweltpolitik zum Erfolg zu führen.

In der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ erschienen zuletzt:

- 234 Manfred Stolpe, Kirche „1985“ und 2000 – Sammlung, Öffnung, Sendung
- 235 Hans Krätzig, Entscheidung für Frieden und Fortschritt – Christliche Demokraten beim Volksentscheid in Sachsen 1946
- 236 Hans-Georg Schöpf, Moderne Wissenschaft und christliche Verantwortung – Spitzentechnologien als ethische Herausforderung
- 237 Frank E. Lippold, Die „bulgarische Spur“ – Das Papst-Attentat und der „Fall Antonow“
- 238 Krieg und Frieden im Atomzeitalter – Botschaft des Heiligen Synod der Russischen Orthodoxen Kirche
- 239 Günter Wirth, Schweitzers tätige Humanität – Eine Analyse seiner Goethe-Studien
- 240 Werner Wünschmann, Aus christlicher Ethik und Tradition – Christliche Künstler in der sozialistischen Gesellschaft
- 241 Wolfgang Heyl, Einklang von Rationalität und Humanität – Zu sozialetischen Aspekten der Volkswirtschaft der DDR
- 242 Carl Ordnung, Verantwortung für Frieden und Wohlfahrt der Völker – Die Aktualität des Darmstädter Wortes von 1947
- 243 Christliche Existenz im sozialistischen Staat – Zeugnisse zu Weg und Wirken von Christen in der Welt
- 244 Gerhard Fischer, Albert Schweitzer heute – Die Aktualität seiner Ethik und der Fortgang seines Werkes in Lambaréné
- 245 Erhard Geißler, Den Schöpfer spielen? – Ethische Fragen der Gentechnologie
- 246/7 Zeittafel zur Geschichte der CDU 1945–1987
- 248 Joachim Graf, Option für die Armen – Zum Hirtenbrief der katholischen Bischofskonferenz der USA „Wirtschaftliche Gerechtigkeit für alle“
- 249 Lothar Oppermann, Für das Wohl unserer Kinder – Zu aktuellen schulpolitischen Aufgaben
- 250 Hans-Dieter Döpmann, 1 000 Jahre Russische Orthodoxe Kirche – Ein Abriß ihrer Geschichte vom Heiligen Wladimir bis zur Gegenwart
- 251 Peter Tille, Ernst Barlach – Eine Skizze seines Lebens und Wirkens
- 252 Carl Ordnung, Friede – Verheißung und Auftrag – Zum 30. Jahrestag der Christlichen Friedenskonferenz

Vertrieb an den Buchhandel durch Union Verlag (VOB) Berlin